

**Prognose der österreichischen  
Wirtschaft 2015 – 2016**  
Steuerreform stärkt privaten Konsum

**SPERRFRIST: Donnerstag, 18. Juni 2015, 11:00 Uhr**



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN  
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES

Vienna



# **Prognose der österreichischen Wirtschaft 2015 – 2016**

Steuerreform stärkt privaten Konsum

Jahresmodell LIMA/05

Die ökonometrischen Modellprognosen werden von einer  
Arbeitsgruppe der Abteilung Ökonomie und  
Finanzwirtschaft erstellt:

Ines Fortin  
Daniela Grozea-Helmenstein  
Jaroslava Hlouskova  
Helmut Hofer  
Sebastian Koch  
Robert M. Kunst  
Simon Loretz  
Michael Reiter  
Edith Skriner  
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm  
des Instituts für Höhere Studien

## **Kontakt:**

### **Helmut Hofer**

☎: +43/1/599 91-251  
email: hofer@ihs.ac.at

### **Klaus Weyerstraß**

☎: +43/1/599 91-233  
email: klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

### **Barbara Herbst**

Public Relations  
☎: +43/1/599 91-122  
email: barbara.herbst@ihs.ac.at

---

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundesministeriums für Finanzen, der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

# Inhalt

<b>1. EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG</b>	<b>1</b>
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse .....	4
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse .....	5/6/7
<b>2. DIE INTERNATIONALE KONJUNKTUR</b>	<b>8</b>
2.1 Internationale Konjunkturprognosen .....	8
Abbildung: OECD-Frühindikator .....	9
Texttabelle: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum .....	10
2.2 Länderprognosen .....	11
Abbildung: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) .....	13
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen .....	21
<b>3. DIE ÖSTERREICHISCHE AUSSENWIRTSCHAFT</b>	<b>22</b>
<b>4. PERSPEKTIVEN DER INLANDSKONJUNKTUR</b>	<b>23</b>
Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte .....	23
Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände .....	25
Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate .....	26
Abbildung: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie .....	26
Abbildung: Inflationsrate: Österreich und Euroraum .....	31
Abbildung: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum .....	31
Texttabelle: Arbeitsmarktentwicklung 2015 .....	33
<b>5. MONETÄRE PROGNOSE</b>	<b>35</b>
Texttabelle: Leitzinsen .....	35
Abbildung: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen .....	36
<b>TABELLENANHANG</b>	<b>37</b>



## Steuerreform stärkt privaten Konsum

**Das Institut erwartet für das heurige Jahr ein Wirtschaftswachstum von 0.7 %. Damit ist die Wachstumsdynamik das zweite Jahr in Folge geringer als im Euro-raum. Im nächsten Jahr sollte sich das BIP-Wachstum auf 1.8 % beschleunigen, wobei die Steuerreform den privaten Konsum stützt. Die Arbeitslosenquote bleibt mit gut 9 % im Prognosezeitraum sehr hoch. Weitere Reformen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts sind erforderlich.**

### 1. Einleitung und Zusammenfassung

Im Euroraum hat sich die Konjunktur im Vorjahr erholt. Im Prognosezeitraum beschleunigt sich das Wirtschaftswachstum weiter. Der Rückgang der Ölpreise und die Abwertung des Euro wirken dabei belebend. Die österreichische Wirtschaft ist hingegen seit 2012 kaum gewachsen. Die geringe Dynamik zeigte sich auch im ersten Quartal des heurigen Jahres mit einer Wachstumsrate von nur 0.1 % gegenüber dem Vorquartal bzw. 0.3 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Inlandsnachfrage fiel verhalten aus, die Investitionstätigkeit blieb dabei rückläufig. Beim Außenhandel zeigte sich hingegen eine leichte Beschleunigung. Die Stimmungsindikatoren haben sich in den letzten Monaten etwas verbessert. Das Institut geht daher weiterhin davon aus, dass sich das Wirtschaftswachstum im zweiten Halbjahr leicht beschleunigt, sodass eine Wachstumsrate von 0.7 % für den Jahresdurchschnitt 2015 erwartet wird. Damit bleibt das Wachstum in Österreich das zweite Jahr in Folge merklich hinter dem im Euroraum (1.4 %) zurück. Nächstes Jahr sollte sich die Wachstumsdynamik mit einer Jahresrate von 1.8 % spürbar erhöhen. Positiv wirkt dabei die Steuerreform, die den privaten Konsum stützt.

Die Weltwirtschaft entwickelt sich wenig dynamisch. Das Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern hat sich merklich verlangsamt und Russland befindet sich in der Rezession. Getragen wird das Weltwirtschaftswachstum von den Industrieländern. Nach einem kräftigen Wachstum in den Vorquartalen ist die US-Wirtschaft im ersten Quartal des heurigen Jahres gegenüber dem Vorquartal allerdings leicht geschrumpft (-0.2 %). Dies sollte aber nur eine kurzfristige Entwicklung darstellen; die USA befinden sich auf einem soliden Wachstumskurs. Die japanische Wirtschaft hat im ersten Quartal um 1.0 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt. Im Euroraum stieg das Bruttoinlandsprodukt um 0.4 %. Positiv entwickelte sich die Wirtschaft neben Deutschland und den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern auch in Südeuropa (Spanien, Frankreich und Italien). Insgesamt profitiert der Euroraum von wachstumsstützenden Faktoren wie dem auf Jahresfrist betrachtet deutlich niedrigeren Ölpreis, dem schwächeren Euro-Dollar-Wechselkurs sowie der expansiven Geldpolitik. Die Vorlaufindikatoren deuten auf eine Fortsetzung des Aufschwungs im Euroraum hin. Das Institut erwartet somit folgendes internationales Konjunkturbild. Die US-Wirtschaft wird 2015 und 2016 um 2.4 % bzw. 2.8 % zulegen. Für den Euroraum werden Wachstumsraten von 1.4 % bzw. 1.8 % erwartet. In den OECD-Staaten sollte die Wirtschaftsleistung um 2.1 % bzw. 2.5 % steigen. Die Entwicklung in den Schwellenländern bleibt hingegen vergleichsweise verhalten.

Die Prognoserisiken sind weiterhin hoch. Große Risiken gehen von den geopolitischen Spannungen (Ukraine, Syrien, Irak) aus, welche die Unsicherheit der Wirtschaftsakteure hoch halten. Die expan-

sive Geldpolitik der EZB hat zwar die Deflationsgefahr im Euroraum abgewendet, könnte aber mittelfristig zu Blasen auf den Aktien- und Immobilienmärkten führen. Der Ausstieg der US-Notenbank aus der Niedrigzinspolitik könnte Verwerfungen auf den internationalen Devisen- und Finanzmärkten auslösen, insbesondere wenn er sehr rasch erfolgt. Hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung in Österreich besteht weiterhin das Risiko, dass die Stimmung trüb bleibt und damit selbst bei einem verbesserten internationalen Konjunkturklima wenig investiert wird. Hierbei ist auch zu beachten, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im Euroraum in den letzten Jahren verschlechtert hat. Weiters könnte die Sparquote der privaten Haushalte stärker steigen als erwartet, was den privaten Konsum dämpfen würde. Dem gegenüber stehen aber auch Aufwärtsrisiken. Die positive Entwicklung im Euroraum könnte die Stimmung in Österreich verbessern und damit die Nachfrage stärken. Auch die Umsetzung der Steuerreform könnte zu einer Aufhellung des Geschäftsklimas beitragen.

In den letzten Jahren hat der private Konsum in Österreich stagniert, die hohe Inflation und die kalte Progression haben die Entwicklung der Realeinkommen merklich gedämpft. Im Prognosezeitraum sollte die Konsumdynamik zulegen. Für das heurige Jahr wird ein Konsumwachstum von 0.8 % erwartet. Die Steuerreform stärkt im nächsten Jahr das verfügbare Einkommen der Haushalte. Daher wird für 2016 ein Zuwachs der privaten Konsumausgaben von 1.7 % erwartet. Im Einklang mit früheren Steuerreformen wird unterstellt, dass ein Teil des zusätzlichen Einkommens in die Ersparnis geht, sodass die Sparquote im Prognosezeitraum von 7.5 % auf knapp 9 % ansteigt.

Das geringe Unternehmerv Vertrauen und die Unsicherheit bezüglich der weiteren Wirtschaftsentwicklung drücken weiterhin auf die Investitionstätigkeit. Im ersten Quartal ist die Nachfrage nach Investitionsgütern weiter zurückgegangen. Im Jahresverlauf werden sich die Investitionen nur äußerst verhalten beleben, sodass für den Jahresdurchschnitt eine Stagnation (-0.1 %) der Anlageinvestitionen zu erwarten ist. Während bei den Ausrüstungsinvestitionen noch ein Wachstum von 0.3 % erwartet wird, setzt sich beim Bau die negative Dynamik der letzten Quartale (-0.5 %) fort. Mit der weiteren Festigung der Konjunktur im Euroraum sollte die Investitionsnachfrage im nächsten Jahr wieder etwas anziehen (2.0 %). Unterstützend wirken die günstigen Finanzierungsbedingungen und der steigende Bedarf an Ersatzinvestitionen. Mit einem Wachstum von 2.8 % übertreffen die Ausrüstungsinvestitionen die Ausweitung der Bauten (1.3 %) auch im kommenden Jahr.

Die österreichische Exportwirtschaft wurde von der Krise hart getroffen, musste aber auch Marktanteilsverluste hinnehmen. Die im Vergleich zu den anderen Euroländern gestiegenen Lohnstückkosten bedingen eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Die Daten der Quartalsrechnung zeigen eine leichte Belebung der Exporttätigkeit im ersten Quartal. Vor dem Hintergrund der belebten Konjunktur im Euroraum und des niedrigen Euro-Dollar-Wechselkurses sollten die realen Warenexporte in diesem Jahr um 3.0 % zulegen. Für nächstes Jahr wird ein Zuwachs von 5.5 % erwartet. Damit wächst der Warenexport aber deutlich langsamer als im langjährigen Durchschnitt. Die gesamten Exporte laut VGR steigen um 2.9 % bzw. 5.0 %. Die realen Importe laut VGR wachsen im selben Tempo, sodass die Nettoexporte keinen Beitrag zum Wachstum liefern.

Seit Dezember des Vorjahres hat sich der Preisauftrieb aufgrund fallender Energiepreise verlangsamt. Lag die Inflation (VPI) in den ersten Monaten noch bei rund  $\frac{3}{4}$  %, betrug sie in den Monaten April und Mai 1.0 %. In den Vergleichsmonaten des Vorjahres wurden Werte von  $1\frac{3}{4}$  % verzeichnet. Das Institut erwartet auch für die kommenden Monate nur einen geringen Preisauftrieb, sodass



weiterhin eine Inflationsrate von 1.2 % erwartet wird. Damit liegt der heimische Preisauftrieb weiterhin deutlich über dem im Euroraum. Mit dem Wegfall des Basiseffekts bei den Energiepreisen wird die Inflation ab Jahresende wieder merklich anziehen. Darüber hinaus dürften von der Steuerreform in geringem Umfang preistreibende Impulse (Mehrwertsteuererhöhung) ausgehen, die gegenwärtig auf knapp 0.2 Prozentpunkte geschätzt werden, sodass für den Jahresdurchschnitt 2016 eine Inflationsrate von 2.0 % erwartet wird.

Die schwache Konjunktur und das steigende Arbeitskräfteangebot sind gegenwärtig die bestimmenden Faktoren am Arbeitsmarkt. Vor dem Hintergrund der schwachen Konjunktur fällt die Zunahme der Beschäftigung mit 0.8 % vergleichsweise kräftig aus, ist aber nicht ausreichend, um das schneller steigende Arbeitskräfteangebot zu absorbieren. Folglich wird für den Jahresdurchschnitt 2015 nunmehr eine Arbeitslosenquote von 9.1 % erwartet. Mit dem Anziehen der Konjunktur könnte sich die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr stabilisieren. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition wird laut Prognose in beiden Jahren 5.8 % betragen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird von der Budgetkonsolidierung, der schwachen Konjunktur und der im nächsten Jahr in Kraft tretenden Steuerreform geprägt. Für die Jahre 2015 und 2016 erwartet das Institut ein Defizit von 1.7 % bzw. 2.0 % des BIP. Aufgrund der unsicheren Konjunkturlage, allfälliger notwendiger zusätzlicher Mittel für die Banken sowie der Unsicherheit über die zeitliche Wirkung der Gegenfinanzierung der Steuerreform bestehen beträchtliche Prognoserisiken. Das Institut geht von einem strikten Budgetvollzug zur Einhaltung des anvisierten Konsolidierungspfades aus. Unterstützend wirken die niedrigen Finanzierungskosten. Laut Berechnungen des Instituts ist es gegenwärtig eher fraglich, ob das Ziel eines strukturellen Null-Defizits im Jahr 2016 erreicht wird. Die Entlastung des Faktors Arbeit im Rahmen der Steuerreform ist jedenfalls begrüßenswert. Die Steuerreform sollte aber nur den Auftakt für weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Österreich bilden. Es braucht budgetären Spielraum für eine merkliche Senkung der gesamtwirtschaftlichen Steuerquote und insbesondere der Lohnnebenkosten. Eine stärkere Gewichtung der produktiven Staatsausgaben (etwa für Bildung, Forschung und Entwicklung, Innovationsförderung) im Budget ist notwendig. Kürzungen sollten daher im Bereich der konsumtiven Staatsausgaben (Verwaltung, Pensionen, Subventionen) sowie durch eine anreizkompatiblere Ausgestaltung des Finanzausgleichs umgesetzt werden.

## Wichtige Prognoseergebnisse

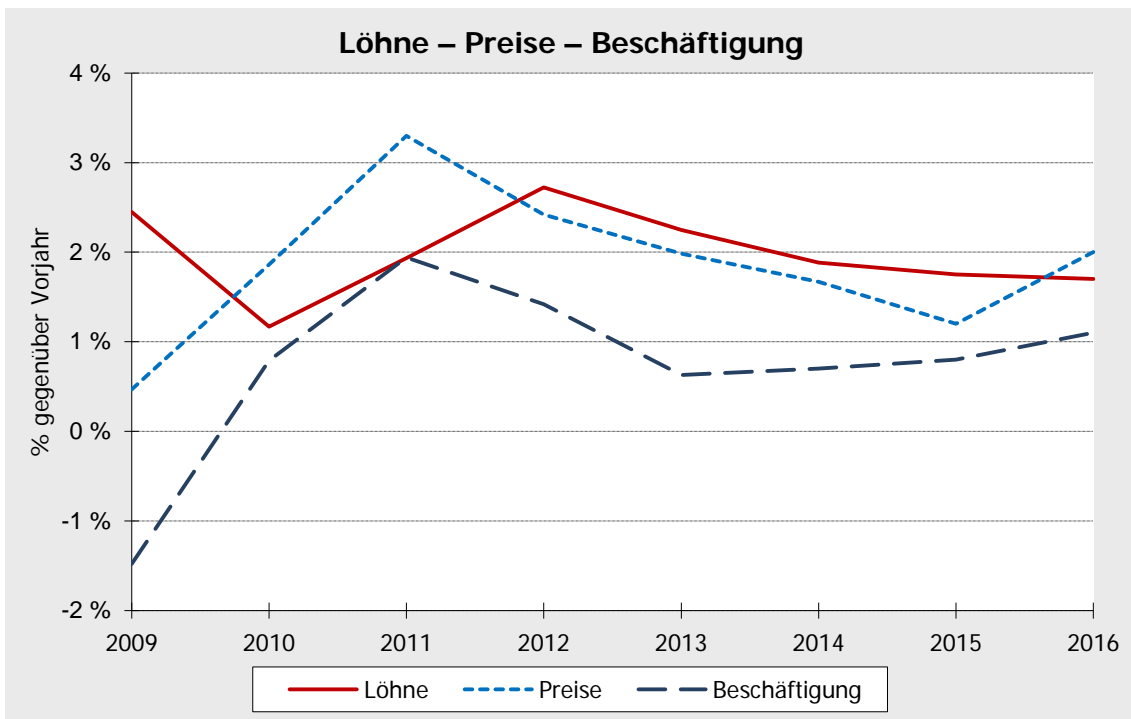
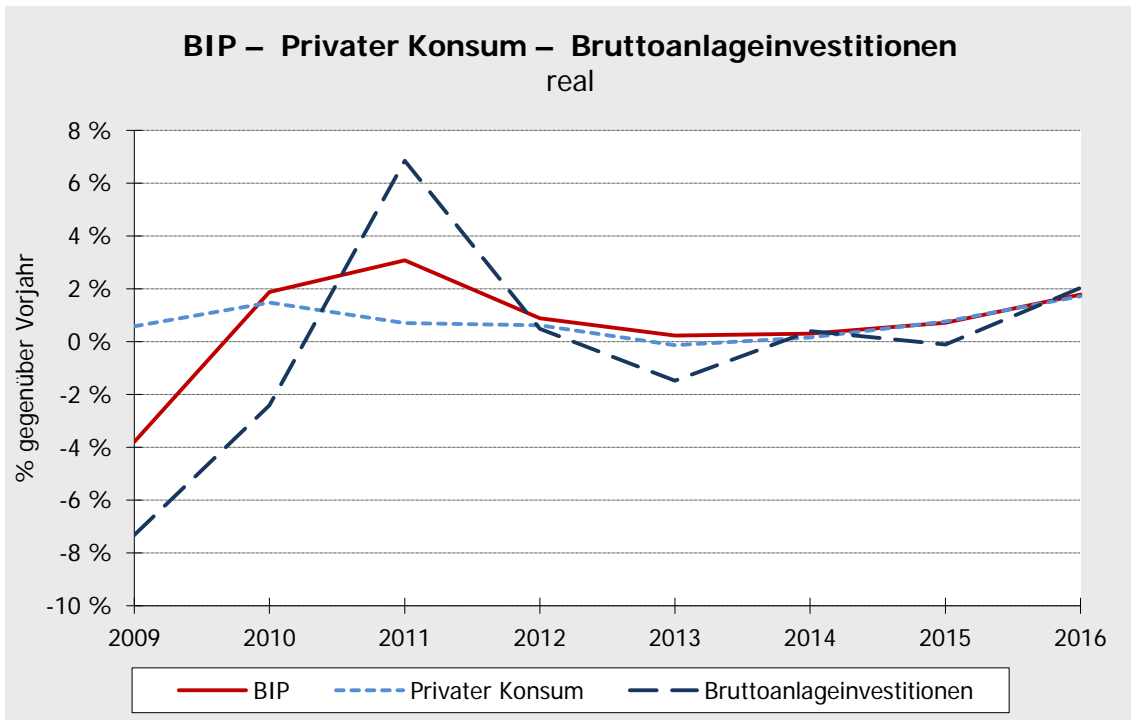
### Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2014	2015	2016
Bruttoinlandsprodukt, real	0.3	0.7	1.8
Privater Konsum, real	0.2	0.8	1.7
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	-0.4	0.3	2.7
Bruttoanlageinvestitionen, real	0.4	-0.1	2.0
Ausrüstungsinvestitionen, real	0.7	0.3	2.8
Bauinvestitionen, real	0.1	-0.5	1.3
Inlandsnachfrage, real	0.6	0.6	1.6
Exporte i.w.S., real	1.8	2.9	5.0
Waren, real (laut VGR)	1.7	3.0	5.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-0.9	0.5	1.0
Importe i.w.S., real	2.5	2.9	5.0
Waren, real (laut VGR)	2.0	2.8	5.3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1.7	0.8	1.3
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0.7	0.8	1.1
Arbeitslosenquote: Nationale Definition <sup>*)</sup>	8.4	9.1	9.1
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition <sup>*)</sup>	5.6	5.8	5.8
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	1.9	1.8	1.7
Preisindex des BIP	1.6	1.6	1.9
Verbraucherpreisindex	1.7	1.2	2.0
3-Monats-Euribor <sup>*)</sup>	0.2	0.0	0.1
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen <sup>*)</sup>	1.5	0.9	1.2

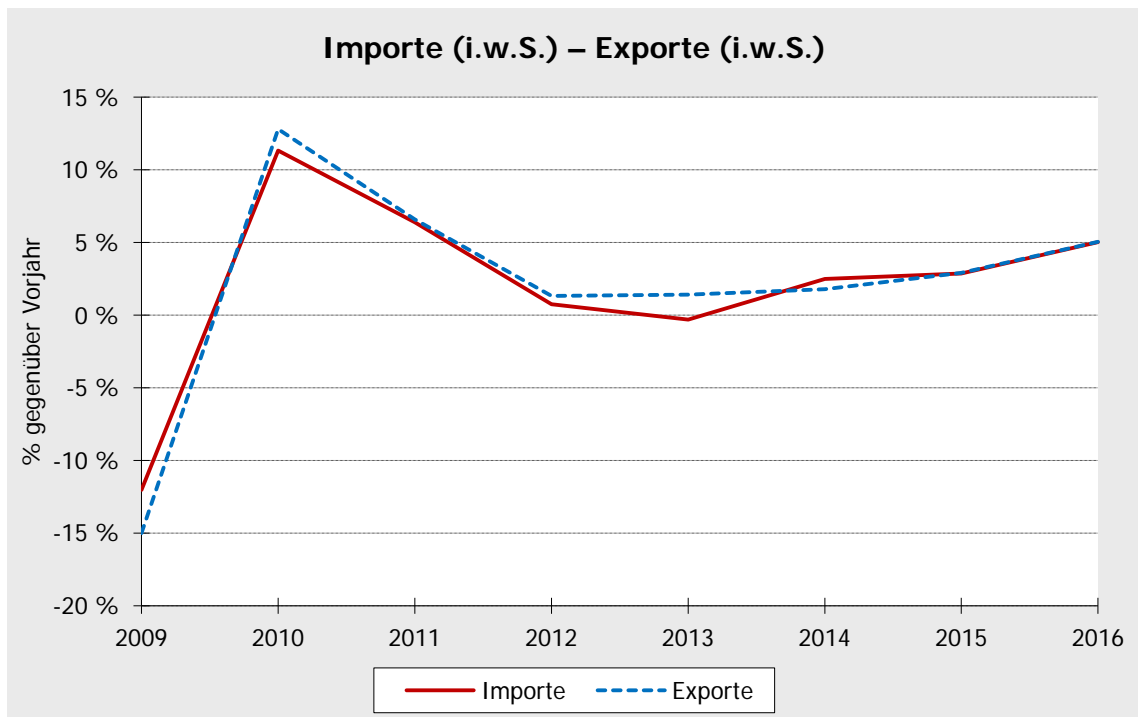
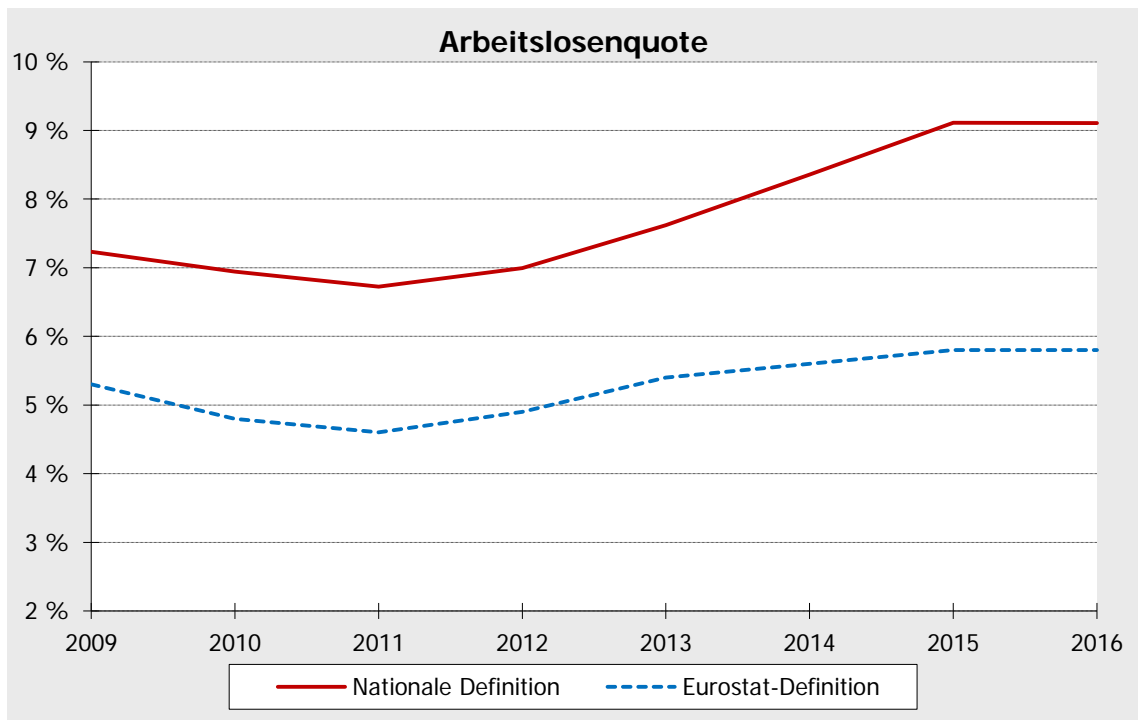
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

<sup>\*)</sup> absolute Werte

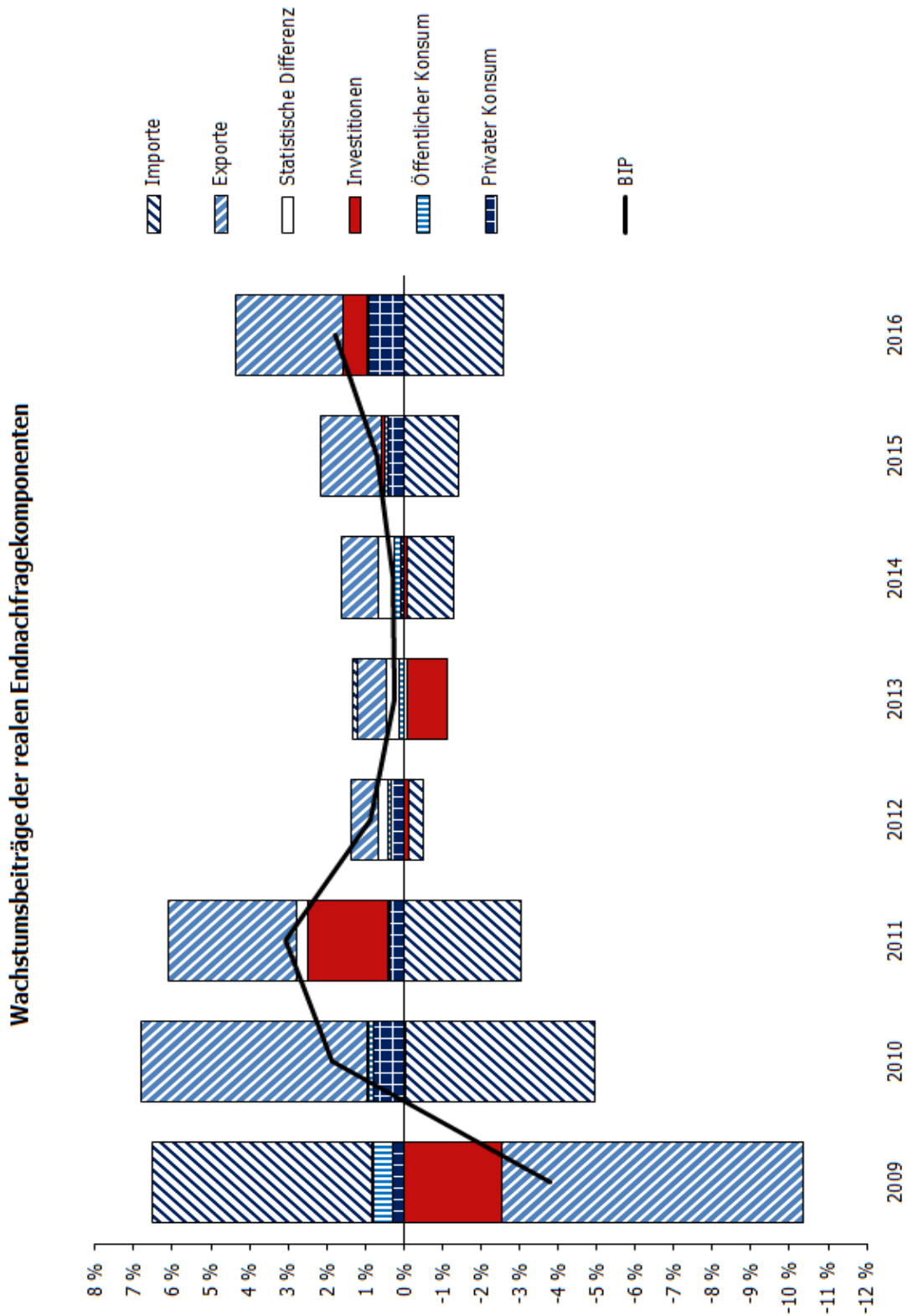
**WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1**



## WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 3



## 2. Die internationale Konjunktur

### 2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Im Jahr 2015 entwickelt sich die Weltwirtschaft noch immer verhalten und auch der globale Handel weist eine sehr geringe Dynamik auf. In China kühlt sich die Nachfrage ab und mit Ausnahme von Indien bleiben die wirtschaftlichen Probleme in einigen Schwellen- und Entwicklungsländern nach wie vor bestehen. In Nordamerika dürfte hingegen die Konjunktur robust bleiben und im Euroraum verbessert sich die Wirtschaftslage.

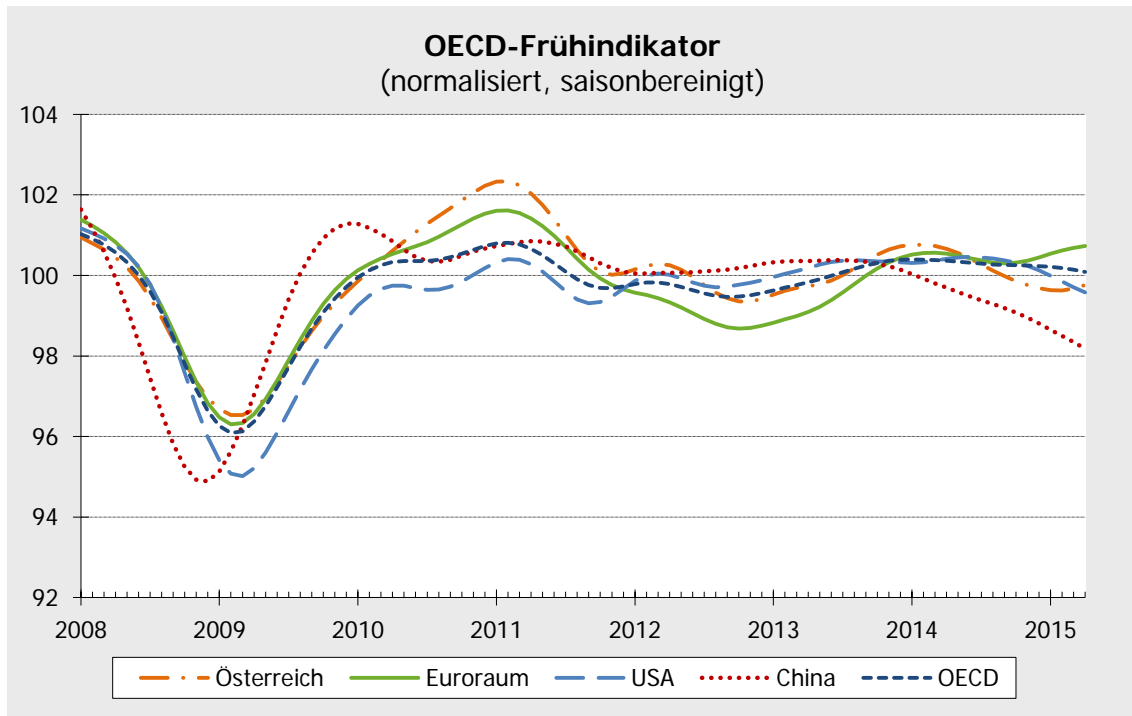
Nach einer schwachen Entwicklung zu Jahresbeginn dürfte die globale Konjunktur Fahrt aufnehmen. Positive Impulse werden von den niedrigen Rohstoffpreisen erwartet, die die Konsumnachfrage und die Investitionstätigkeit stützen. Dieser positive Effekt wird sich vorwiegend in den Industrieländern niederschlagen. In den rohstoffreichen Entwicklungs- und Schwellenländern dürfte der Rohstoffpreisverfall die Wirtschaftsentwicklung hingegen hemmen und die öffentliche Verschuldung erhöhen. Die Aufwertung des US-Dollar bringt für viele Länder eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit mit sich. Ein exportgetriebenes Wachstum wird vor allem für den Euroraum und für Japan erwartet. Durch die genannten positiven Faktoren werden voraussichtlich Investitionen in die Realwirtschaft anziehen und der globale Handel belebt. Im kommenden Jahr ist daher von einer weltweiten Verbesserung der konjunkturellen Entwicklung auszugehen. Für ein breiter abgestütztes globales Wachstum sind jedoch Strukturreformen und zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur notwendig.

Das Institut geht davon aus, dass in den Industrieländern der Expansionsgrad der Geldpolitik regional unterschiedlich ausfällt. Die EZB wird nach wie vor an der Niedrigzinspolitik festhalten, da sich die Inflation nicht wesentlich beschleunigen dürfte und die Arbeitslosigkeit noch immer hoch ist. Zudem tätigt die EZB seit März 2015 Wertpapierkäufe im Ausmaß von monatlich 60 Mrd. Euro, die mindestens bis September 2016 fortgeführt werden sollen. Für die USA und das Vereinigte Königreich ist hingegen zu erwarten, dass eine Straffung der Geldpolitik einsetzt. Im Euroraum wird die Fiskalpolitik im Vergleich zu den vergangenen Jahren weniger restriktiv ausfallen. Der IWF empfiehlt, Maßnahmen wie Investitionen in Infrastruktur und die Steigerung der Erwerbsquote zu forcieren und Hemmnisse für Unternehmen zu verringern.

Weiterhin bestehen geopolitische Risiken (Ukraine, Syrien, Irak), die den Welthandel bremsen oder einen Anstieg der Energiepreise auslösen könnten. Eine Straffung der Geldpolitik in den USA könnte sich kurzfristig negativ auf die globale Finanzmarktstabilität auswirken. Die expansive Geldpolitik der EZB könnte zu Blasen auf den Aktien- und Immobilienmärkten führen. Eine stärkere Dollar-Aufwertung könnte in einigen Ländern einen importinduzierten Preisauftrieb bewirken. Ein weiteres Risiko bildet ein möglicher Anstieg der Rohölpreise.

Vorlaufende Indikatoren deuten darauf hin, dass die globale Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte an Fahrt gewinnen wird. Der ifo Index für die Weltwirtschaft ist im zweiten Quartal 2015 erneut angestiegen. Sowohl die Lage als auch die Erwartungen wurden positiver beurteilt. Das Wirtschaftsklima verbesserte sich in Europa deutlich, und hier insbesondere in Mittel- und Osteuropa. In Asien hellte es sich leicht auf und erreichte wieder seinen langfristigen Durchschnitt. In Nordamerika ging der Indikator zurück, blieb aber weiter deutlich über seinem langjährigen Durchschnitt. In den GUS-Staaten erholte sich das Wirtschaftsklima leicht. Im Nahen Osten und in Lateinamerika setzte sich

der Rückgang des Indikators fort. Der *JPMorgan Global Manufacturing & Services Purchasing Managers Index* für die Weltwirtschaft hat sich nach einem Höchststand im März etwas abgeschwächt. Zurückzuführen ist dies auf eine leichte Verschlechterung der Auftragslage und auf steigende Produktionskosten, der Beschäftigungsausbau hat sich jedoch verstärkt. Der OECD-Frühindikator deutet auf eine Belebung der Wirtschaft im Euroraum hin.



Quelle: OECD, Thomson Reuters Datastream

Seit Jahresbeginn fallen die Rohstoffpreise nicht mehr. Im Mai lagen die Rohstoffpreise ohne Energie aber immer noch um 17 % unter ihrem Vorjahresniveau. Der Preis für die Marke Brent betrug 65.2 US-Dollar, er lag damit um 41 % unter seinem Vorjahreswert. Wegen der ausreichenden Versorgung der Märkte mit Rohöl dürften in der zweiten Jahreshälfte die Preise stabil bleiben. Nach 99.3 US-Dollar pro Fass im Jahresdurchschnitt 2014 wird in dieser Prognose für die Jahre 2015 und 2016 ein Ölpreis von 62 bzw. 68 US-Dollar unterstellt. Nach 1.33 USD/EUR im Jahresdurchschnitt 2014 wird für 2015 und 2016 ein Wechselkurs von 1.11 bzw. 1.10 USD/EUR erwartet.

Der Welthandel ist im Jahr 2014 um 3.3 % gewachsen, für 2015 und 2016 wird eine Zunahme um 3.5 % bzw. 4.8 % erwartet. In den OECD-Ländern wuchs das BIP 2014 um 1.8 %, für 2015 und 2016 wird ein Wachstum von 2.1 % bzw. 2.5 % erwartet. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in der EU hat sich im Jahr 2014 um 1.3 % ausgeweitet, 2015 und 2016 wird sie voraussichtlich um 1.7 % bzw. 2.0 % zunehmen.

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) erwartet für Asien (ohne Japan) für 2015 und 2016 ein Wirtschaftswachstum von jeweils 6.3 %. Die Konjunktur wird von einer verstärkten Nachfragedynamik in den Industrieländern und den weltweit niedrigen Rohstoffpreisen gestützt. Indien entwickelt sich derzeit zur weltweit dynamischsten Wirtschaft. Seit Jahresbeginn beleben sich auch in den Tigerstaaten die Exporte. Lateinamerika wird laut Prognose der regionalen UNO-Wirtschaftskommission CEPAL im Jahr 2015 durchschnittlich nur um ein Prozent wachsen. Die brasilianische Wirtschaft

leidet unter den niedrigen Rohstoffpreisen und der Währungsabwertung, die eine Schuldentrückzahlung erschwert. Neben der sehr schwachen Auslandsnachfrage dämpfen auch Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen und die hohe Inflation das Wirtschaftswachstum. Für 2015 wird daher ein BIP-Rückgang um 1.5 % erwartet. Im Jahr 2016 sollte sich die Konjunktur in Lateinamerika wieder etwas verbessern.

Seit dem Vorjahr verbessert sich die Wirtschaftslage im Euroraum. Das BIP wird im Jahr 2015 voraussichtlich um 1.4 % zunehmen. Derzeit gehen konjunkturbelebende Effekte von den niedrigen Rohstoffpreisen und vom Euro-Dollar-Wechselkurs aus, aber auch vom Stimulierungsprogramm der EZB, das im März begann und bis September 2016 den Ankauf von Wertpapieren in Höhe von monatlich 60 Mrd. Euro vorsieht. Wegen des Ölpreisverfalls steigt das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und verbessert so deren Ausgabenbereitschaft. Die Verbraucherpreise werden im Jahr 2015 nur wenig steigen. Deshalb stellt die EZB keine Anhebung des Leitzinssatzes, der derzeit 0.05 % beträgt, in Aussicht. Im Jahr 2016 wird das BIP des Euroraums voraussichtlich um 1.8 % wachsen. Die Konsumausgaben bleiben robust, aber auch die Investitionstätigkeit könnte sich verstärken. Die Exporte werden deutlich anziehen. Wegen des Wegfalls des Energiepreiseffekts, des schwächeren Euro und der besseren Konjunktur dürften die Preise wieder stärker steigen. Unsicherheiten gehen weiterhin von der Russland-Ukraine-Krise und der Staatsschuldenkrise in Griechenland aus.

### Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum

	2014	2015	2016
BIP-Wachstum (%)	0.8	1.4	1.8
Arbeitslosenquote (%)	11.7	11.0	10.6
Inflation HVPI (%)	0.4	0.3	1.1

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Das BIP des Euroraums ist im ersten Quartal 2015 zum Vorquartal um 0.4 % und gegenüber dem Vorjahresquartal um 1.0 % gewachsen. Konsum und Investitionen entwickelten sich positiv. Im zweiten Quartal dürfte sich die Konjunktur gefestigt haben. In den kommenden Monaten wird sich die Dynamik voraussichtlich etwas erhöhen. Der ifo Index für die Wirtschaft im Euroraum ist im zweiten Quartal 2015 stark gestiegen. Der Index liegt derzeit so hoch wie zuletzt vor dem Ausbruch der Weltfinanzkrise und übertrifft deutlich seinen langfristigen Durchschnitt. Sowohl die Beurteilung der Lage als auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate hellten sich merklich auf. Der Hauptbeitrag zur günstigen Lage kam aus Deutschland. Aber auch in den anderen drei großen Staaten – Frankreich, Italien und Spanien – gab es eine Verbesserung. Im Mai blieb der *Economic Sentiment Indikator* der Europäischen Kommission auf seinem hohen Niveau unverändert. Der *Markit Eurozone Composite Index*, der im März ein Jahreshoch erzielte, gab zwar im April und Mai etwas nach, der Teilindex für die Beschäftigung ist jedoch so stark angestiegen wie seit vier Jahren nicht mehr.

Die Arbeitslosenquote sinkt weiter und die Preise beginnen zu steigen. Im April 2015 betrug die Arbeitslosenquote im Euroraum 11.1 %. Die höchste Arbeitslosigkeit verzeichnete Griechenland mit 25.4 % im Februar. Die niedrigsten Quoten wiesen Deutschland und Luxemburg mit 4.7 % bzw. 5.4 % auf. Die Inflationsrate im Euroraum, gemessen am Anstieg des Harmonisierten Verbraucher-



preisindex (HVPI), betrug im Mai voraussichtlich 0.3 %, nach 0.0 % im April. Im April verzeichneten Griechenland (-1.8 %) und Zypern (-1.7 %) die deutlichsten Rückgänge der Verbraucherpreise. Im Vergleich dazu stiegen die Preise in Malta (1.4 %) und Österreich (0.9 %) am stärksten.

## 2.2 Länderprognosen

Im Jahr 2015 bleibt die Konjunktur in den **USA** mit einem BIP-Wachstum von 2.4 % gefestigt. Witterungsbedingte Faktoren haben zwar zu Jahresbeginn die Konjunktur belastet, im Jahresverlauf dürfte aber die Nachfrage der privaten Haushalte wesentlich zum Wirtschaftswachstum beitragen, denn der Beschäftigungs- und Einkommenszuwachs sowie die niedrigen Energiepreise erhöhen die Kaufkraft. Die Verbraucherpreise könnten leicht sinken und die Arbeitslosigkeit dürfte weiter abnehmen. Vom starken US-Dollar geht ein dämpfender Effekt auf die Exportwirtschaft aus und dies könnte auch die Ausrüstungsinvestitionen abschwächen. Die Fed zieht daher in Betracht, das Zielband für die *Federal Funds Rate*, das derzeit zwischen 0 % und 0.25 % liegt, vorerst nicht anzuheben. Die Wirtschaft der USA wird 2016 voraussichtlich um 2.8 % wachsen. Der private Konsum, mit einem Anteil von knapp 70 % an der gesamten Wirtschaftsleistung, wird im kommenden Jahr voraussichtlich robust bleiben. Die Exporte dürften von der Stabilisierung des Wechselkurses und der stärkeren Weltkonjunktur profitieren. Wegen des Wegfalls des Basiseffekts bei den Energiepreisen wird die Inflation wieder anziehen und die Zinsen könnten dann zu steigen beginnen.

Das BIP der USA sank im ersten Quartal 2015 zum Vorquartal um 0.2 %, gegenüber dem Vorjahresquartal stieg es um 2.7 %. Der private Konsum schwächte sich ab und die Ausrüstungsinvestitionen haben nachgegeben. Die Exporte sanken, während die Importtätigkeit robust blieb. Im zweiten Quartal dürfte sich die Konjunktur wieder beschleunigt haben.

Der vom *Institute for Supply Management* veröffentlichte Einkaufsmanagerindex für die Güterverarbeitende Industrie hat zwischen August 2014 und März 2015 kontinuierlich nachgegeben und näherte sich der 50-Punkte-Schwelle an. Im April setzte eine Stabilisierung ein und im Mai stieg der Index aufgrund einer verbesserten Auftragslage wieder. Im Dienstleistungssektor bleibt die Entwicklung nach wie vor robust. Nach einer Abflachung zu Jahresbeginn hat der *Conference Board Leading Economic Indicator* im April wieder kräftig zugelegt, was darauf hindeutet, dass die Konjunkturabschwächung im ersten Quartal nur vorübergehend war. Ausgehend von 10.0 % im Oktober 2009 sank die Arbeitslosenquote bis Februar 2015 auf 5.5 % und ist dann bis Mai unverändert geblieben. Die Verbraucherpreise, die wegen der niedrigen Rohstoffpreise in der zweiten Hälfte 2014 zu sinken begannen, lagen im April um 0.1 % unter dem Vorjahresniveau. Mit -2.9 % schwächte sich im Mai der Rückgang bei den Erzeugerpreisen ab.

In **Japan** dürfte die Wirtschaft 2015 um 0.8 % wachsen. Zu Jahresbeginn war die konjunkturelle Entwicklung deutlich stärker als in den USA und Europa. Der Aufschwung wird primär von der Auslandsnachfrage getragen, die Yen-Abwertung gegenüber dem US-Dollar in den vergangenen zwei Jahren begann zu greifen. Die stärkste Nachfrage kommt derzeit aus den USA. Die Binnennachfrage entwickelt sich hingegen nach wie vor verhalten. Die Unternehmen verfügen über hohe Barreserven, sind aber nicht bereit, diese für Investitionen zu verwenden. Von den niedrigen Rohöl- und Rohstoffpreisen dürften im Jahresverlauf positive Impulse auf die Wirtschaftsentwicklung ausgehen. Die *Bank of Japan* wird auch 2015 ihre äußerst expansive Geldpolitik (Wertpapierankäufe) uneingeschränkt fortführen. Stimulierungsmaßnahmen (Infrastrukturprojekte und Finanzierungshilfen für

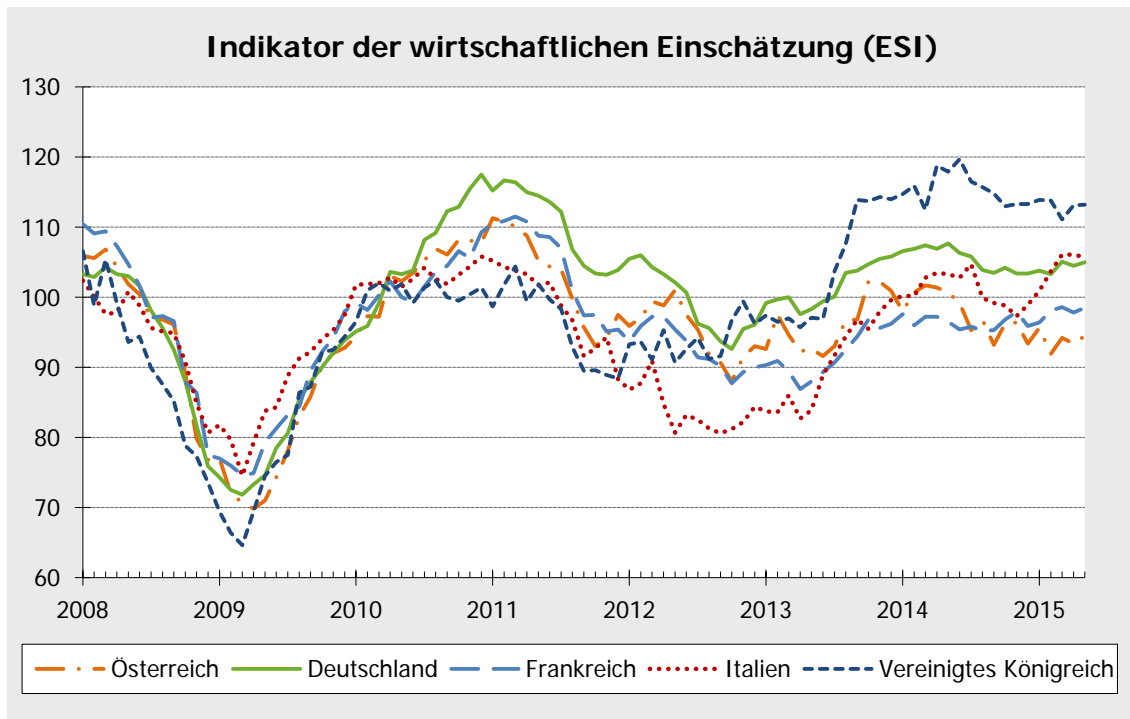
Unternehmen) gehen auch von der öffentlichen Hand aus. Wegen der schwachen Konsumnachfrage wurde die ursprünglich für Herbst 2015 geplante Anhebung der Mehrwertsteuer ausgesetzt. Die Inflation dürfte 2015 deutlich unter das Inflationsziel von 2 % fallen. Im Jahr 2016 wird sich die Konjunktur mit einem BIP-Wachstum von 1.0 % etwas verstärken. Der private Konsum könnte sich aufgrund von vereinbarten Lohnerhöhungen in der Privatwirtschaft beleben. Die solide Auslandsnachfrage könnte die Unternehmen dazu veranlassen, wieder mehr in Ausrüstungsgüter zu investieren, und im Bausektor dürfte sich die rückläufige Entwicklung abschwächen. Die *Bank of Japan* wird die Stimulationsmaßnahmen solange fortsetzen, bis das Inflationsziel von 2 % erreicht ist.

Das japanische BIP stieg im ersten Quartal 2015 zum Vorquartal um 1.0 %, gegenüber dem Vorjahresquartal ist es um 1.0 % gesunken. Der private Konsum nahm zu und nach Rückgängen in den vergangenen drei Quartalen ist die Investitionstätigkeit wieder gestiegen. Die Bauinvestitionen entwickelten sich dabei besser als die Ausrüstungsinvestitionen. Auch die Exportnachfrage blieb robust. Im zweiten Quartal dürfte sich die Konjunktur etwas abgeschwächt haben, der konjunkturelle Aufschwung wird sich jedoch in den kommenden Monaten fortsetzen. Nach einer Schwächephase im Februar und März stieg der *Markit/JMMA Japan Composite Index* wieder. Im Mai lag er mit 51.6 Punkten über der Wachstumsschwelle. Der Teilindex für die Güterverarbeitende Industrie signalisiert eine positive Entwicklung, im Dienstleistungssektor war die Dynamik noch stärker ausgeprägt. Die Arbeitslosigkeit ist im April auf einen Tiefststand von 3.3 % gesunken. Wegen des Auslaufens des Mehrwertsteuereffekts ist die Jahresinflation im April von 2.6 % im März auf 0.6 % zurückgegangen, die Erzeugerpreise sanken im Mai um 2.1 %.

In der **Volksrepublik China** wird sich 2015 das Wirtschaftswachstum voraussichtlich auf 6.7 % abschwächen. Überkapazitäten und steigende Lohnstückkosten in der Industrie, hohe lokale Schulden und der Nachfragerückgang am einst boomenden Immobilienmarkt dämpfen die Konjunktur. Ausländisches Kapital fließt ab und die chinesischen Investitionen im Ausland nehmen zu. Die Exporte entwickeln sich verhalten. Wegen der engen Bindung des Yuan an den US-Dollar hat die starke Aufwertung des US-Dollar eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft gegenüber Japan und dem Euroraum mit sich gebracht. Die *Bank of China* hat Anfang Mai zum dritten Mal innerhalb von sechs Monaten den Referenzzinssatz gesenkt. Nach einer sehr schwachen Entwicklung zu Jahresbeginn wird sich die Investitionstätigkeit im Jahresverlauf wieder verstärken. Die Liberalisierung des Finanzsystems (Gewährung von Krediten und Flexibilität bei den Zinsen für Einlagen) schreitet voran. Die Inflation gibt 2015 weiter nach. Das BIP-Wachstum dürfte sich 2016 auf 6.4 % abschwächen. Die Binnennachfrage könnte sich verstärken, während die Exporte von der sinkenden Wettbewerbsfähigkeit gedämpft werden. Die Inflation könnte das Ziel von derzeit 3 % unterschreiten. Eine gesunde Wirtschaftsabschwächung setzt die Umsetzung der geplanten Reformen im Bankenwesen und bei den staatseigenen Unternehmen voraus.

Das chinesische BIP wuchs im ersten Quartal 2015 gegenüber dem Vorjahresquartal um 7.0 %. Einen Zuwachs verzeichneten die Exporte und auch der private Konsum ist dynamisch geblieben. Die Investitionstätigkeit hat sich hingegen abgeschwächt. Im zweiten Quartal dürfte sich die Konjunktur erneut etwas verlangsamt haben, was auf die noch immer rückläufige Entwicklung in der Güterverarbeitenden Industrie zurückgeht. Der Einkaufsmanagerindex (PMI) des britischen Bankhauses HSBC bewegt sich seit Juni 2014 im Wachstumsbereich. Während der Dienstleistungssektor wächst, lag der Index für die Güterverarbeitende Industrie im Mai dieses Jahres noch immer knapp

unter der Wachstumsschwelle. Im Mai betrug die Inflation 1.4 %, der Rückgang der Erzeugerpreise machte 3.2 % aus.



Quelle: Europäische Kommission, Thomson Reuters Datastream

In **Deutschland** wird das Wirtschaftswachstum 2015 voraussichtlich 1.7 % betragen. Die konjunkturelle Entwicklung stützt sich vorwiegend auf den realen Einkommenszuwachs der Haushalte und die gute Stimmung der Unternehmen. Die zurückliegende Euro-Abwertung stimuliert die Exporte. Die Beschäftigung wird weiter zunehmen und den ohnedies guten Arbeitsmarkt weiter entlasten. Der allgemeine Mindestlohn dürfte die Einstellungschancen Geringqualifizierter verschlechtern, die abschlagsfreie Rente ab 63 wird das Arbeitskräfteangebot aber verringern. Die Inflation bleibt niedrig. Im Jahr 2016 dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf 1.9 % beschleunigen. Angesichts des niedrigen Ölpreises und einer verstärkten Konjunktur in wichtigen Abnehmerländern außerhalb des Euroraums dürfte sich das deutsche Exportwachstum beschleunigen. Dabei ist mit einer Erhöhung des Leistungsbilanzüberschusses zu rechnen. Steigende Unternehmensgewinne könnten im kommenden Jahr die Investitionstätigkeit stützen. Die boomende Bauwirtschaft sollte weiterhin von den niedrigen Zinsen profitieren. Die Preise werden wieder anziehen. Aufgrund der guten Wirtschaftslage wird die Arbeitslosigkeit weiter abnehmen.

Das deutsche BIP ist im ersten Quartal 2015 gegenüber dem Vorquartal um 0.3 % gewachsen, im Vorjahresvergleich hat es um 1.0 % zugelegt. Die Kaufkraft der Verbraucher hielt an und die Investitionstätigkeit verstärkte sich. Dies betrifft sowohl die Ausrüstungs- als auch die Bauinvestitionen. Das Exportwachstum hat sich hingegen etwas abgeschwächt. Im zweiten Quartal dürften die Exporte wieder stärker zunehmen. In den kommenden Monaten wird die Wirtschaftslage voraussichtlich robust bleiben.

Die Stimmung der Konsumenten ist derzeit so gut wie seit 13 Jahren nicht mehr. Laut GfK-Umfrage verbesserten sich für Juni die Konjunkturerwartung wie auch die Anschaffungsneigung, was auf die

sehr robuste Binnennachfrage und die niedrige Inflationsrate zurückgeht. Im April hatten beide Indikatoren noch Einbußen hinnehmen müssen. Die Einkommenserwartung stieg auf den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung. Die Unternehmen hingegen sind etwas skeptischer geworden. Die ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland gingen im Mai 2015 zurück. Maßgeblich für die Stimmungsverschlechterung unter den Finanzexperten dürften das unerwartet niedrige Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2015 und die Schwankungen an den Aktien- und Anleihenmärkten gewesen sein. Dennoch gehen nach wie vor nur wenige Umfrageteilnehmer von einer tatsächlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage aus. Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands hat sich im Mai auf hohem Niveau etwas abgeschwächt. Insgesamt waren die Unternehmen erneut mit ihrer aktuellen Lage zufriedener. Mit Blick auf die kommenden Monate nahm ihr Optimismus jedoch etwas ab. In der Güterverarbeitenden Industrie ist dies auf die etwas weniger optimistischen Erwartungen vor allem in Bezug auf den Export zurückzuführen. Die Lageeinschätzungen kletterten dagegen auf den höchsten Stand seit einem Jahr. Im Bauhauptgewerbe hat sich das Geschäftsklima erneut verbessert. Nach einer Abschwächung in der zweiten Jahreshälfte 2014 ist der Markt Einkaufsmanagerindex von Dezember bis März stark angestiegen. Eine leichte Abschwächung folgte im April und Mai. Im April ist die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken. Die gute Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich im Mai fortgesetzt. Die Inflation war im April mit 0.3 % höher als in den Vormonaten, die Erzeugerpreise fielen im Vorjahresvergleich um 1.5 %.

Im Jahr 2015 dürfte in **Italien** das Wirtschaftswachstum 0.6 % betragen. Anfang 2015 endete die Rezession in der italienischen Wirtschaft. Im Jahresverlauf wird sich die Konjunktur voraussichtlich verstärken. Vom schwächeren Euro und dem niedrigen Ölpreis gehen positive Effekte auf die Wirtschaft aus. Die Kreditnachfrage wird laut *Bank of Italy* vom Stimulierungsprogramm der EZB angetrieben. Zusätzlich stützt der eingeleitete Reformprozess die Wirtschaftsentwicklung. Der Budgetplan der italienischen Regierung sieht für 2015 Steuersenkungen für Unternehmen und Personen mit niedrigem Einkommen vor. Es ist zu erwarten, dass diese Maßnahmen den privaten Konsum stützen und die Investitionstätigkeit verstärken werden. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt 2015 nicht mehr zunehmen und die Preisentwicklung sehr verhalten ausfallen. Im Jahr 2016 wird sich das italienische Wirtschaftswachstum voraussichtlich auf 1.2 % beschleunigen. Die konjunkturelle Entwicklung wird von der Exportnachfrage und der anziehenden Investitionstätigkeit gestützt. Dies betrifft jedoch nur die Ausrüstungsinvestitionen, während im Bausektor noch immer die Investitionsbereitschaft fehlt. Die Verbraucherpreise werden wieder zu steigen beginnen. Die Arbeitslosenquote bleibt auf ihrem hohen Niveau. Die vorrangigen Ziele der Regierung sind die Umsetzung von Arbeitsmarktreformen und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Im ersten Quartal 2015 wuchs das italienische BIP gegenüber dem Vorquartal um 0.3 %, gegenüber dem Vorjahresquartal legte es um 0.1 % zu. Zum ersten Mal seit 2010 gingen von der Inlandsnachfrage positive Impulse aus. Der Außenhandel hat hingegen das gesamtwirtschaftliche Wachstum gebremst. Im zweiten Quartal dürfte die Wirtschaft abermals gewachsen sein und auch für die kommenden Monate bleibt der Ausblick optimistisch. Seit Anfang 2015 befindet sich der Markt Einkaufsmanagerindex im Wachstumsbereich, mit einer stark ansteigenden Tendenz. Der Teilindex für die Güterverarbeitende Industrie erzielte im Mai den höchsten Stand seit vier Jahren und auch im Dienstleistungssektor bleibt die Dynamik robust. Mit einer Arbeitslosenquote von 12.4 % im April setzt sich die Stabilisierung am Arbeitsmarkt fort. Die Erzeugerpreise sanken im

April gegenüber dem Vorjahr um 2.3 % und der Rückgang bei den Verbraucherpreisen betrug 0.1 %.

In **Frankreich** wird das Wirtschaftswachstum 2015 voraussichtlich 1.0 % betragen. Nachdem in den vergangenen Jahren Steuererhöhungen die Binnennachfrage gedämpft haben und der starke Euro die Exporte schwächten, dürften im laufenden Jahr von der Ölpreis- und der Wechselkursentwicklung sowie vom Stimulierungsprogramm der EZB positive Impulse ausgehen. Die Ausrüstungsinvestitionen werden voraussichtlich im Jahresverlauf anziehen und der Rückgang bei den Bauinvestitionen könnte sich abschwächen. Die Exportdynamik könnte sich verstärken, jedoch wird dieser positive Effekt von der Importentwicklung kompensiert. Die Nachfrage der privaten Haushalte dürfte deutlich stärker als in den Vorjahren ausfallen. Wie in den Nachbarländern, so werden auch in Frankreich im Jahr 2015 die Verbraucherpreise kaum steigen. Ein merklicher Rückgang der Arbeitslosigkeit ist hingegen nicht wahrscheinlich. Im Jahr 2016 wird die Konjunktur mit einem BIP-Wachstum von 1.6 % Fahrt aufnehmen. Impulse werden von der Inlandsnachfrage erwartet. Auch die Exporte könnten merklich zunehmen, dieser positive Effekt wird aber wiederum von einer noch stärkeren Importnachfrage überlagert. Die Verbraucherpreise werden wieder zu steigen beginnen. Die Arbeitslosigkeit dürfte nicht mehr weiter zunehmen.

Das französische BIP ist im ersten Quartal 2015 im Vergleich zum Vorquartal um 0.6 % gewachsen, gegenüber dem Vorjahr legte es um 0.7 % zu. Einen starken Aufwind verzeichnete der private Konsum. Die Ausrüstungs- und die Bauinvestitionen gaben hingegen erneut nach. In der Außenwirtschaft legten die Importe stärker zu als die Exporte. Im zweiten Quartal dürfte sich die Konjunktur etwas abgeschwächt haben. In den kommenden Monaten ist vor allem mit einem Anziehen der Investitionstätigkeit zu rechnen. Der *Markit France Composite Index* lag im Mai zum vierten Mal in Folge im Wachstumsbereich. Während der Dienstleistungssektor eine außerordentlich gute Dynamik aufwies, verbessern sich nun auch in der Güterverarbeitenden Industrie die Bedingungen. Der Insee Geschäftsklimaindikator hat im Mai einen Jahreshöchststand erzielt, er befindet sich aber noch immer unter seinem langjährigen Durchschnittswert. Das Verbrauchervertrauen (INSEE) gab im Mai zum ersten Mal seit September 2014 leicht nach. Die Verbraucherpreise sind im April mit 0.1 % zum ersten Mal seit drei Monaten wieder gestiegen. Die Erzeugerpreise gaben nur noch um 1.9 % nach. Die Arbeitslosenquote betrug im April 10.5 %.

Im **Vereinigten Königreich** dürfte die Wirtschaft 2015 um 2.4 % wachsen. Treibende Kraft bleibt die Inlandsnachfrage. Aufgrund der niedrigen Inflation steigt das Realeinkommen und stärkt somit auch die Konsumnachfrage. Die Aufwertung des Pfund gegenüber dem Euro dämpft hingegen die Exportchancen der Industrie und schmälert die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Die *Bank of England* hält daher weiter an der Niedrigzinspolitik fest – der Leitzinssatz liegt seit 2009 unverändert bei 0.5 % – und die Wertpapierankäufe werden fortgesetzt. Risiken für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung gehen von der hohen Verschuldung der Haushalte und von der schwachen Exportnachfrage aus, wodurch das Leistungsbilanzdefizit beträchtlich zunehmen könnte. Im Jahr 2016 wird das Wirtschaftswachstum mit 2.5 % hoch bleiben. Das starke Pfund dürfte weiterhin die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Wirtschaft dämpfen, die Inlandsnachfrage sollte sich hingegen sehr dynamisch entwickeln. Die Inflation wird voraussichtlich anziehen, was nicht nur auf das Auslaufen des Ölpreiseffekts zurückgeht, denn Preisdruck wird auch von steigenden Arbeitnehmerentgelten ausgehen. Die Zinsen könnten 2016 zu steigen beginnen.

Die Wirtschaftsleistung des Vereinigten Königreichs nahm im ersten Quartal 2015 zum Vorquartal um 0.3 % und zum Vorjahresquartal um 2.4 % zu. Der private Konsum hat sich verstärkt, und die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen sind wieder gestiegen. Das BIP-Wachstum wurde jedoch von den außenwirtschaftlichen Entwicklungen gedämpft, da die Importe beträchtlich zunahmen und die Exporte etwas gesunken sind. Im zweiten Quartal 2015 dürfte sich die Konjunktur wieder verstärkt haben. Auch für die kommenden Monate kann man von einer soliden Wirtschaftsentwicklung ausgehen, nicht zuletzt weil der Unsicherheitsfaktor „Parlamentswahlen“ wegfällt. Der *Markit/CIPS UK Manufacturing & Services PMI* erzielte im März einen Höchststand, hat sich aber in den folgenden zwei Monaten leicht abgeschwächt. Der Teilindex für die Güterverarbeitende Industrie hat zugelegt, was auf eine starke Inlandsnachfrage zurückgeht. Steigende Vorleistungspreise trugen zu einer Abschwächung des Teilindex für den Dienstleistungssektor bei. Die Verbraucherpreise sind im März mit einem Rückgang um 0.1 % zum ersten Mal im Jahresvergleich gesunken. Die wachsende Konkurrenz im Einzelhandel, das starke Pfund, die sinkenden Energiepreise und die nachlassende Teuerung am Immobiliensektor tragen zur Abschwächung der Inflation bei. Der Rückgang der Erzeugerpreise machte im April 1.7 % aus.

Die Wirtschaft der **Schweiz** wird 2015 voraussichtlich um 0.3 % wachsen. Nach einer soliden konjunkturellen Entwicklung bis zum Jahresende 2014 haben sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundlegend verändert. Nach der Aufhebung des Mindestkurses von 1.20 Franken pro Euro durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) am 15. Jänner 2015 und der darauf folgenden Aufwertung des Schweizer Franken haben sich die Wachstumsaussichten für die exportorientierte Wirtschaft der Schweiz drastisch verschlechtert. Als Reaktion senkte die SNB das Zielband für den Dreimonats-Libor auf -1.25 bis -0.25 %. Zwar beeinträchtigt die Wechselkursaufwertung die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Firmen, die aufgehellten Konjunkturperspektiven für Europa und die solide Nachfrage aus den USA sollten den negativen Effekt aber mildern. Auch dürfte die Inlandsnachfrage robust bleiben. Der private Konsum wird derzeit von Einkommenssteigerungen und sinkenden Verbraucherpreisen stimuliert. Im Jahresverlauf dürfte jedoch die Frankenstärke auf den Arbeitsmarkt durchschlagen. Im Jahr 2016 wird sich die Wirtschaftsentwicklung der Schweiz mit einem BIP-Wachstum von 1.0 % wieder verstärken. Der private Konsum und auch die Ausrüstungsinvestitionen dürften zulegen und im Bausektor könnte sich die Konjunktur verbessern. Die Exportnachfrage dürfte schwach bleiben. Der Preisrückgang könnte weiter anhalten.

Das BIP der Schweiz ist im ersten Quartal 2015 im Vergleich zum Vorquartal um 0.2 % gesunken, im Vorjahresvergleich legte es um 1.1 % zu. Eine Bremswirkung ging vor allem von der Außenwirtschaft aus. Als Wachstumstütze erwies sich der private Konsum. Im zweiten Quartal dürfte das BIP erneut sinken. Die Exportnachfrage ist voraussichtlich der Schwachpunkt in der konjunkturellen Entwicklung geblieben. In den kommenden Monaten sollte sich die Lage der Schweizer Wirtschaft aufhellen. Das Konjunkturbarometer der ETH Zürich (KOF) ist im Mai gestiegen, nachdem der Indikator im April noch einmal leicht gefallen war. Ausgehend von einem niedrigen Niveau, zeigt er zumindest eine leichte Verbesserung an. Die Schweizer Wirtschaft dürfte dem Barometer zufolge in der näheren Zukunft weiterhin deutlich unterdurchschnittlich wachsen. Der Einkaufsmanagerindex der *Credit Suisse* hat sich im Mai der Wachstumsschwelle weiter angenähert, was auf ein Abklingen der rückläufigen Entwicklung in der Güterverarbeitenden Industrie hindeutet. Die Arbeitslosenquote hat im Mai 3.3 % betragen. Die Franken-Stärke, Preisnachlässe im Einzelhandel und der Ölpreisver-



fall haben die Preise fallen lassen. Die Verbraucherpreise sanken im Mai zum Vorjahr um 1.2 %, die Erzeugerpreise gingen um 4.3 % zurück.

Die Konjunktur in den **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten** wird im Prognosezeitraum durch eine ganze Reihe von Faktoren gestützt. Dazu zählen insbesondere die verbesserten Wachstumsaussichten in der EU, aber auch die niedrigen Zinsen, die geringe Inflation, welche die Kaufkraft der privaten Haushalte stärkt, sowie der schwächere Euro. Nachfrageseitig gehen von den geplanten Infrastrukturinvestitionen weiterhin Konjunkturimpulse aus. Die Absorption von EU-Mitteln, bedingt durch den Imperativ, die noch nicht abgerufenen Mittel aus dem EU-Haushalt 2007–2013 bis Ende 2015 bei anderweitigem Verfall zu verwenden, wird sich dabei positiv auf die Investitionsnachfrage auswirken. Zudem stärkt die sinkende Arbeitslosigkeit das Haushaltseinkommen, die Kaufkraft und das Konsumentenvertrauen, sodass auch der private Konsum als Konjunkturstütze wirkt. Der Abbau der externen Ungleichgewichte und die durch die Budgetkonsolidierungsmaßnahmen verbesserten inländischen Rahmenbedingungen wirken stabilisierend. Da der Konsum und die Investitionen einen relativ hohen Importanteil aufweisen, dürften die Importe in den mittel- und osteuropäischen Ländern stärker als die Exporte zunehmen und zu einem negativen Außenbeitrag führen. Die wirtschaftliche Aktivität wird sich weiterhin moderat positiv entwickeln. Nach einer 6-jährigen Rezession dürfte die Wirtschaft Kroatiens heuer wieder wachsen. Alles in allem erwartet das Institut eine durchschnittliche Zunahme des BIP in den MOEL-5 (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien) um jeweils 3.1 % in diesem und im kommenden Jahr. Damit wird das Wachstumsdifferenzial gegenüber dem Euroraum in den Prognosejahren 1.7 bzw. 1.3 Prozentpunkte betragen und die Konvergenz zwischen West- und Osteuropa somit weiter voranschreiten.

In **Ungarn** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 3.3 % gegenüber dem Vorjahr und um 0.8 % gegenüber dem Vorquartal. Das Wachstum wurde vom privaten Konsum und der Auslandsnachfrage getragen. Sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen gingen, infolge des Wegfalls von Einmaleffekten wie die verstärkte Ausnutzung von EU-Fördermitteln am Ende des Vorjahrs, zurück. Die niedrigen Energiepreise, starke Lohnsteigerungen und Transferzahlungen schlugen sich in einem moderaten Wachstum des privaten Konsums nieder. Dagegen verringerte sich der öffentliche Konsum. Da infolge ausgeweiteter Kapazitäten in der Automobilindustrie und einer starken Verflechtung mit der deutschen Industrie die Exporte stärker als die Importe expandierten, war der Außenbeitrag zum BIP-Wachstum positiv. Nach einem Rückgang in den letzten sechs Monaten stagnierte das Preisniveau im April. Die Flexibilisierung arbeitsrechtlicher Bestimmungen trug zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei. Infolgedessen lag die Arbeitslosenquote im März bei 7.3 % und damit um 0.5 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die verbesserten Arbeitsmarktbedingungen, die niedrigen Zinsen und die Ausweitung des Programms „Finanzierung für Wachstum“ mit subventionierten Krediten für KMUs durch die ungarische Zentralbank stützen heuer und im nächsten Jahr die Konjunktur. Der Wegfall von Einmaleffekten wie die verstärkte Ausnutzung von EU-Fördermitteln dürfte das Investitionswachstum hingegen etwas dämpfen. Das BIP-Wachstum dürfte alles in allem 2.8 % bzw. 2.5 % betragen.

Die Wirtschaft in **Polen** expandierte im ersten Quartal mit 3.5 % zum Vorjahresquartal bzw. 1.0 % gegenüber dem Vorquartal kräftig. Steigende Löhne und Beschäftigung ermöglichten eine moderate Zunahme des privaten Konsums. Die Ausrüstungsinvestitionen und die durch günstige Immobilienkredite gestützten dynamischen Hochbauinvestitionen trugen ebenfalls zum Wachstum bei. Der

Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum war zum ersten Mal seit dem vierten Quartal 2013 wieder positiv. Die Inflation verringerte sich in den letzten Monaten und sank im April auf -0.9 %. Die Arbeitslosenquote lag mit 7.9 % um 1.5 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die Leitzinssenkung im März 2015 auf 1.5 % dürfte die Konjunktur weiter stützen. Zusätzliche Impulse dürften auch von den verbesserten Wachstumsaussichten im Euroraum kommen. Das Wirtschaftswachstum dürfte infolge einer starken Inlands- und Auslandsnachfrage heuer und im nächsten Jahr jeweils 3.4 % betragen.

In **Tschechien** nahm die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 3.1 % gegenüber dem Vorquartal zu. Im Vorjahresvergleich erhöhte sie sich um 4.2 %. Die Anlageinvestitionen und der Lageraufbau trugen das Wachstum. Der private Konsum leistete bei einem leichten Anstieg der Beschäftigung und einer relativ niedrigen Arbeitslosenquote (5.9 % im April) einen moderaten Beitrag zur BIP-Expansion. Die Nettoexporte nahmen nur leicht zu. Seit März erhöhte sich die Inflationsrate und betrug im Mai 0.7 %. Da sich der Leitzins in Tschechien bereits auf dem Nullniveau befindet, verwendet die tschechische Zentralbank den Wechselkurs als Instrument der Geldpolitik. Diese Politik dürfte bis Ende nächsten Jahres fortgesetzt werden. Die Abwertung der tschechischen Krone trug schon im Vorjahr dazu bei, die Deflationsgefahr zu verringern. Ein erneutes Deflationsrisiko könnte die tschechische Notenbank veranlassen, eine Fortsetzung der Abwertungstendenz der tschechischen Währung gegenüber dem Euro anzustreben. Heuer und im nächsten Jahr dürfte die Wirtschaft um 3.0 % bzw. 2.8 % expandieren. Ein stärkeres Verbrauchervertrauen, Realeinkommenssteigerungen sowie eine gelockerte Fiskalpolitik zur Finanzierung von geplanten umfangreichen öffentlichen Infrastrukturinvestitionen dürften in der Prognoseperiode wachstumsfördernd wirken.

Gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres erhöhte sich das BIP in der **Slowakei** im ersten Quartal um 2.9 %, gegenüber dem Vorquartal um 0.8 %. Das Wachstum wurde von der Inlands- und Auslandsnachfrage getragen. Dynamisch entwickelten sich sowohl die Investitionen, insbesondere Erweiterungsinvestitionen im produzierenden Bereich, als auch der private und der öffentliche Konsum. Der Außenhandel verlangsamte sich, der Beitrag der Nettoexporte blieb aber positiv. Die Inflation entwickelt sich seit Dezember 2014 rückläufig. Die Arbeitslosenquote betrug im April 12.1 % und lag damit um 1.4 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Das Wirtschaftswachstum dürfte heuer und im nächsten Jahr von Infrastrukturinvestitionen (unterstützt durch EU-Strukturfondsmittel) stimuliert werden. Nach einer gelockerten Fiskalpolitik im Jahr 2014 dürfte die Budgetkonsolidierung im heurigen Jahr fortgesetzt werden. Mit der fortschreitenden Reform des öffentlichen Sektors sowie steigender Beschäftigung und Realeinkommen dürfte sich das BIP-Wachstum heuer auf 2.8 % und 2016 auf 3.2 % erhöhen.

Im ersten Quartal beschleunigte sich das Wachstum in **Slowenien**, die Produktion nahm um 0.8 % zum Vorquartal bzw. um 3.0 % im Vorjahresvergleich zu. Der Lageraufbau wies den größten Beitrag zum Wachstum auf. Die Nettoexporte und der private Konsum verzeichneten ebenfalls positive Beiträge. Eine dynamische Entwicklung wiesen sowohl die Exporte als auch die Importe von Auto-Komponenten und Metallerzeugnissen auf. Wegen der hohen Verschuldung der privaten Haushalte stieg der private Konsum nur wenig. Dagegen schrumpften die Ausrüstungsinvestitionen infolge des Schuldenabbaus im Unternehmenssektor. Die Inflation setzte seit Anfang 2015 ihren rückläufigen Kurs fort und betrug im April -0.7 %. Die Arbeitslosenquote beträgt seit Anfang des Jahres 9.3 % und lag damit im April um 0.5 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. In den Jahren 2015 und



2016 dürfte das BIP-Wachstum 2.3 % bzw. 2.0 % betragen. Schwächere, von der EU kofinanzierte öffentliche Investitionen dürften das BIP-Wachstum 2016 dämpfen. Nach der Belastung infolge der Bankenrekapitalisierung im Vorjahr dürfte sich die budgetäre Lage in der Prognoseperiode etwas entspannen. Allerdings sind zusätzliche Reformanstrengungen notwendig, um das Haushaltsdefizit unter die Marke von 3 % des BIP zu drücken.

In **Rumänien** erhöhte sich das BIP im ersten Quartal 2015 um 4.2 % im Vorjahresvergleich bzw. um 1.6 % gegenüber dem Vorquartal. Sowohl der private Konsum als auch die Investitionen expandierten kräftig. Die Nettoexporte wiesen hingegen einen negativen Beitrag zum Wachstum auf, da sich die dynamische Inlandsnachfrage in steigenden Importen niederschlug. Die Inflationsrate entwickelt sich seit Anfang des Jahres leicht positiv und betrug im April 0.6 %. Die Arbeitslosenquote betrug im April 6.9 % und blieb damit im Jahresabstand unverändert. Der Leitzins wurde seit Anfang des Jahres vier Mal um jeweils 25 Basispunkte auf zuletzt 1.75 % gesenkt. Die niedrigen Zinsen dürften die Konjunktur in der Prognoseperiode stützen. In beiden Prognosejahren dürfte die Wirtschaftsleistung infolge der Implementierung von Infrastrukturinvestitionen, kofinanziert durch EU-Strukturfonds, sowie steigender Realeinkommen und einer gelockerten Fiskalpolitik um jeweils 3.2 % expandieren.

Im ersten Quartal blieb das Wachstum in **Bulgarien** mit einer Zunahme um 2.0 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bzw. 0.9 % gegenüber dem Vorquartal robust. Die Expansion wurde von den Nettoexporten getragen. Die Ausrüstungsinvestitionen und der Konsum wiesen ebenfalls einen positiven Beitrag zum Wachstum auf. Die Inflationsrate betrug im April -0.9 %. Nach der deflationären Entwicklung im Jahr 2014 dürfte sich die Inflation nur langsam bis auf 1.0 % im Jahr 2016 erhöhen. Die Arbeitslosenquote lag im April mit 10.1 % um rund 1.5 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die immer noch hohe Arbeitslosigkeit, die beträchtliche Verschuldung der Haushalte und Unternehmen sowie die schwache Kreditvergabe dämpfen das BIP-Wachstum in der Prognoseperiode. Die besseren Wachstumsaussichten im Euroraum und der schwächere Euro, an den der bulgarische Lev gekoppelt ist, dürften die Exporte stützen. In den Jahren 2015 und 2016 dürfte die Wirtschaftsleistung um 1.7 % bzw. 2.0 % zunehmen.

In **Kroatien** erhöhte sich das BIP im ersten Quartal um 0.1 % gegenüber dem Vorjahresquartal und stagnierte gegenüber dem Vorquartal. Die Nettoexporte trugen positiv zum Wachstum bei, da die Importe langsamer als die Exporte zunahmen. Die Lagerbestände erhöhten sich stark und der Konsum entwickelte sich, infolge der neuen Einkommensbesteuerung, leicht positiv. Die Investitionen waren hingegen rückläufig. Im April sank die Inflationsrate auf -0.1 %, während sich die Arbeitslosenquote auf 17.5 % erhöhte. Im Vorjahresvergleich entspricht dies einem Anstieg um 0.4 Prozentpunkte. Die hohe Verschuldung der privaten Haushalte und der Unternehmen sowie die hohe Arbeitslosigkeit dämpfen in der Prognoseperiode die Inlandsnachfrage. Infolge einer verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit sowie günstigerer Wachstumsaussichten in der EU sind positive Impulse für die Exportwirtschaft zu erwarten. Im Jahr 2015 dürfte die Wirtschaftsleistung um 0.3 % zunehmen. Im Jahr 2016 dürfte das BIP aufgrund einer Belebung der Investitionen, kofinanziert durch die EU, mit 0.8 % stärker expandieren.

In **Russland** war die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal rückläufig. Das BIP nahm im Jahresvergleich um 1.9 % ab. Ursächlich für diese Entwicklung war der starke Rückgang der Investitionen und des privaten Konsums. Vor dem Hintergrund der hohen geopolitischen Unsicherheit war die

Stimmung bei den Unternehmen von Zurückhaltung geprägt. Zusätzlich erschwerten die Sanktionen den Zugang russischer Unternehmen zu den internationalen Kapitalmärkten, während die Kreditvergabe ausländischer Banken in Russland sank.

Der bislang robuste private Konsum ging wegen sinkender Realeinkommen, einer schwächeren Kreditvergabe und eines wachsenden Volumens notleidender Kredite stark zurück. Hingegen trugen die Nettoexporte zum Wachstum bei, da sich die Importe stärker als die Exporte verringerten. Expansiv wirkten auch die Staatsausgaben, insbesondere die Rüstungsausgaben nahmen stark zu. Infolge des massiven Ölpreisverfalls sind die Einnahmen aus dem Ölgeschäft, welche die Hälfte der russischen Steuereinnahmen ausmachen, in US-Dollar gerechnet im ersten Quartal um 20 % zurückgegangen. Trotz der kompensatorischen Wirkung der weitgehend parallel verlaufenden Abwertung des russischen Rubel betrug das Haushaltsdefizit im ersten Quartal 2.5 % des BIP. Wegen der schwachen Entwicklung der Budgeteinnahmen werden die Ausgaben für öffentliche Investitionen heuer und in den nächsten Jahren stark gekürzt. Nichtsdestotrotz sollten die Investitionen in den Produktionsanlagen mit Fokus auf Importsubstitution bevorzugt mit stark subventionierten Krediten unterstützt werden.

Trotz der Rezession blieb der Anstieg der Arbeitslosigkeit moderat. Die Arbeitslosenquote betrug Ende April lediglich 5.8 %. Dies ist teilweise auf die Verlagerung der entlassenen Arbeitskräfte zur Schattenwirtschaft zurückzuführen. Trotz der konjunkturellen Talfahrt blieb die Inflationsrate mit 15.8 % im Mai hoch. Wegen der anhaltenden Kombination angebotsverknappender Faktoren, darunter die geopolitischen Spannungen und deren mögliche Auswirkungen auf die Wechselkursdynamik des Rubel sowie die Wirkung der Gegensanktionen, dürfte der Preisauftrieb in den kommenden Monaten hoch bleiben. Mit einem Rückgang der Inflationsrate unter 10 % rechnet die russische Regierung erst für das erste Quartal des kommenden Jahres. Aufgrund der jüngsten Stabilisierung der Inflationserwartungen und zur Ankurbelung der Konjunktur senkte die Zentralbank den Leitzins auf zuletzt 12.5 % im Mai. Bei steigendem Inflationsdruck ist aber von erneuten Zinsanhebungen auszugehen.

Die wirtschaftliche Entwicklung Russlands wird in der Prognoseperiode maßgeblich durch den weiteren Verlauf des Konflikts mit der Ukraine und das damit verbundene Sanktionsregime geprägt. Dadurch bleibt die Unsicherheit für Investoren hoch. Die weitere Dynamik des Ölpreises beeinflusst das Volumen der Staatseinnahmen und somit der öffentlichen Investitionen. Neben der geringen Investitionsbereitschaft inländischer und ausländischer Unternehmen dürften eine zunehmende Kapitalknappheit und die dadurch erhöhten Kapitalkosten die Investitionstätigkeit weiter dämpfen. Der private Konsum dürfte verhalten bleiben, zumal höhere Zinsen für Konsumkredite die weitere Zunahme der Verschuldung der privaten Haushalte bremsen dürften. Zudem sinken wegen der hohen Inflation die Realeinkommen. Dagegen könnten die stark schrumpfenden Importe zu einem positiven Beitrag der Nettoexporte führen und die Wirtschaft stützen. Die Staatsausgaben für große öffentliche Infrastrukturprojekte und Rüstungsgüter dürften ebenfalls expansiv wirken. Alles in allem ist ein Rückgang des BIP um 3.0 % in diesem Jahr zu erwarten. Im kommenden Jahr könnte die Wirtschaftsleistung bei einer Stabilisierung des Ölpreises um 0.2 % zunehmen.

## Internationale Rahmenbedingungen

### Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2012	2013	2014	2015	2016
Welthandel	2.1	2.7	3.3	3.5	4.8
BIP, real					
Deutschland	0.4	0.1	1.6	1.7	1.9
Italien	-2.8	-1.7	-0.4	0.6	1.2
Frankreich	0.2	0.7	0.2	1.0	1.6
Vereinigtes Königreich	0.7	1.7	2.8	2.4	2.5
Schweiz	1.1	1.9	2.0	0.3	1.0
USA	2.3	2.2	2.4	2.4	2.8
Japan	1.7	1.6	-0.1	0.8	1.0
China	7.7	7.7	7.4	6.7	6.4
Polen	1.8	1.7	3.4	3.4	3.4
Slowakei	1.6	1.4	2.4	2.8	3.2
Tschechien	-0.8	-0.7	2.0	3.0	2.8
Ungarn	-1.5	1.5	3.6	2.8	2.5
Slowenien	-2.6	-1.0	2.6	2.3	2.0
MOEL-5*)	0.6	1.0	3.0	3.1	3.1
Bulgarien	0.5	1.1	1.7	1.7	2.0
Rumänien	0.6	3.4	2.8	3.2	3.2
Kroatien	-2.2	-0.9	-0.4	0.3	0.8
Russland	3.4	1.3	0.6	-3.0	0.2
Euroraum	-0.8	-0.4	0.8	1.4	1.8
NMS-6**)	0.5	1.4	2.8	3.0	3.0
EU-28	-0.5	0.1	1.3	1.7	2.0
OECD	1.3	1.4	1.8	2.1	2.5
Österreichische Exportmärkte	0.8	3.1	2.8	4.0	5.5
USD/EUR Wechselkurs***)	1.29	1.33	1.33	1.11	1.10
Rohölpreis (Brent)***)****)	112.0	109.0	99.3	62.0	68.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

\*) MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

\*\*\*) NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

\*\*\*\*) absolute Werte

\*\*\*\*\*) USD/barrel

### 3. Die österreichische Außenwirtschaft

Die österreichische Außenwirtschaft entwickelt sich 2015 verhalten. Positive Impulse werden von der Abwertung des Euro und der damit im Zusammenhang stehenden Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft erwartet. Darüber hinaus sollte die konjunkturelle Festigung in den Nachbarländern, insbesondere in Italien, die österreichischen Exporte beleben. Dämpfend dürften sich die weltweit noch immer sehr verhaltene Investitionstätigkeit und die Russland-Ukraine-Krise auf die österreichischen Warenexporte auswirken. Sie werden daher auch im laufenden Jahr ein vergleichsweise geringes Wachstum aufweisen. Die Tourismusexporte könnten sich dagegen etwas dynamischer als im Vorjahr entwickeln. Von der erwarteten weiteren Festigung der Weltkonjunktur im kommenden Jahr wird voraussichtlich auch die österreichische Exportwirtschaft profitieren. Im Prognosezeitraum wird die Handelsbilanz einen leichten Überschuss ausweisen.

Die nominellen Warenexporte laut Statistik Austria sind in den ersten drei Monaten 2015 im Vorjahresvergleich um 0.7 % gestiegen. Die Exporte in den Euroraum sanken dabei um 2.1 %, während die Ausfuhren in die Länder außerhalb der Währungsunion um 3.9 % zulegten. Die stärkste Dynamik wiesen die Exporte nach Nordamerika und Asien auf; der massive Rückgang bei den Exporten nach Nordosteuropa (ohne EU-Länder) hat sich abgeschwächt. Nach Warengruppen verzeichneten die Exporte von Chemischen Erzeugnissen einen Rückgang von 3.8 %, die Exporte von Bearbeiteten Waren stiegen um 1.8 %. Die Ausfuhren von Maschinen und Fahrzeugen legten um 3.2 % zu. Die Exporte von Sonstigen Fertigwaren sanken um 1.6 %. Die nominellen Warenexporte sind im Jahr 2014 nur um 1.3 % gewachsen. Im Zuge der Aufhellung der Auslandsnachfrage ist für 2015 und 2016 mit einem Exportwachstum von 3.5 % bzw. 6.8 % zu rechnen. Im Jahr 2014 haben die Warenimporte aufgrund der schwachen Welthandelsdynamik und Binnennachfrage sowie der rückläufigen Importpreise nur um 0.4 % zugelegt. Für 2015 wird ein Importwachstum von 2.2 % erwartet. 2016 dürfte es sich auf 6.4 % beschleunigen.

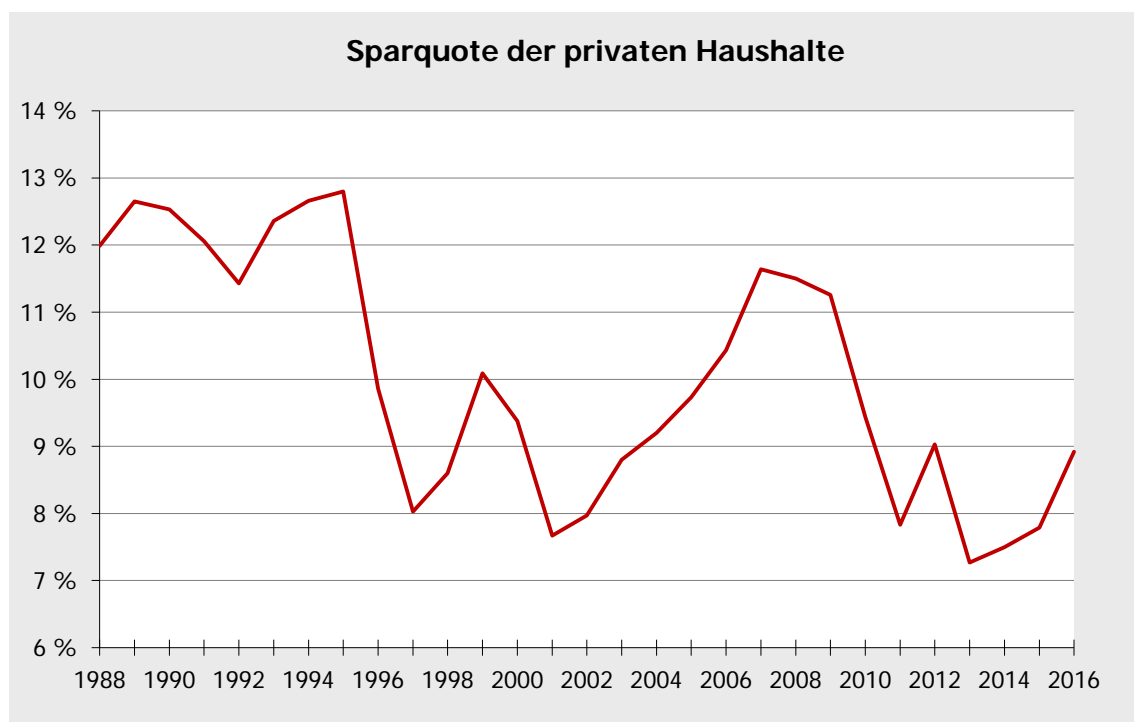
Die österreichische Tourismuswirtschaft verzeichnete im ersten Quartal 2015 ein Nächtigungsplus, vor allem wegen der guten Schneelage und der nach wie vor boomenden Reisedestination Wien. Einen Zuwachs gab es bei den Nächtigungen von Gästen aus Deutschland, Italien und den Niederlanden, aus dem Vereinigten Königreich, der Schweiz und den USA. Auch der Zustrom von Gästen aus Asien hat sich verstärkt. Wegen des massiven Kursverfalls des Rubel, der Russland-Ukraine-Krise und den Wirtschaftssanktionen kommen jedoch weniger russische Touristen nach Österreich. Im Jahresverlauf 2015 dürfte der schwächere Euro die Nachfrage in der österreichischen Tourismuswirtschaft stützen. Im Vorjahr gab es bei den nominellen Reiseverkehrsexporten einen Zuwachs von 1.2 %. In den Jahren 2015 und 2016 könnte sich die Lage in der österreichischen Tourismuswirtschaft mit Wachstumsraten von 2.5 % bzw. 3.0 % verbessern. Im Vorjahr sind die Reiseverkehrsimporte um 4.5 % gewachsen. Für die Jahre 2015 und 2016 wird ein Zuwachs von 2.8 % bzw. 3.3 % erwartet.

Die realen Exporte i. w. S. laut VGR sind im Jahr 2014 um 1.8 % gewachsen. In den Jahren 2015 und 2016 werden sie mit einem Zuwachs von 2.9 % bzw. 5.0 % wieder Fahrt aufnehmen. Nach 1.7 % im Vorjahr wird sich das Wachstum der realen Warenexporte 2015 und 2016 auf 3.0 % bzw. 5.5 % beschleunigen. Mit dem Anziehen der Exporte und der Binnennachfrage verbessert sich auch die Importnachfrage. Die realen Importe i. w. S. laut VGR werden in den Jahren 2015 und 2016 um 2.9 % bzw. 5.0 % zunehmen, nach 2.5 % im Vorjahr. Für die realen Warenimporte ist mit einem Anstieg um 2.8 % bzw. 5.3 % zu rechnen.

## 4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Schon seit längerer Zeit wird ein Wiedererstarren der Haushaltsnachfrage in Österreich erwartet, das in der Folge auf die gesamte inländische Nachfrage ausstrahlen könnte. Die Signale aus dem bereits gelaufenen Teil des heurigen Jahres geben auf eine solche Entwicklung allerdings keinen gesicherten Hinweis. Die realen Expansionsraten im Einzelhandel und bei den Dienstleistungen bleiben im Bereich von Zehntelprozenten, und die Neuanmeldungen von Kraftfahrzeugen sind bereits seit zwei Jahren tendenziell rückläufig. Die für 2016 angekündigte Steuerreform könnte immerhin schon vor Beginn des kommenden Jahres zu verbesserten Erwartungshaltungen und zu einer Hebung der Konsumstimmung führen und damit die Ausgabenfreudigkeit der Haushalte stärken.

Der **private Konsum** wächst heuer real um 0.7 %, im nächsten Jahr um 1.7 %. Die Einschätzung für das laufende Jahr ist geringfügig vorsichtiger als in der März-Prognose, wogegen jene für das nächste Jahr die mittlerweile beschlossene Steuerreform berücksichtigt und damit deutlich höher liegt als bisher. Nicht zuletzt der anhaltend schwache Preisauftrieb sorgt dafür, dass sich 2015 das Realeinkommenswachstum mit 1.1 % recht zufriedenstellend darstellt, dieses wird aber nicht zur Gänze verkonsumiert. Selbst der Umstand, dass die derzeitige Einkommensdynamik die traditionell konsumstärkeren Lohneinkommen begünstigt, ändert daran wenig. Im kommenden Jahr wird hingegen die Steuerreform die Einkommenssituation signifikant verbessern, die Prognose weist eine Steigerung der verfügbaren Realeinkommen um 3.0 % aus. Die Haushalte werden der Verlockung zu Neuanschaffungen nicht widerstehen können, aber sie werden doch den erweiterten Spielraum nicht voll ausschöpfen. Einerseits wird ein Teil der durch Steuerreformen gewonnenen zusätzlichen Einkommen nicht voll antizipiert und bei der Konsumplanung daher nicht berücksichtigt, andererseits haben die Haushalte ein fortgesetztes Interesse an aktiver Spartätigkeit, teils auch aus Vorsorgemotiven. Insgesamt wird das kommende Jahr immerhin vom intensivsten Nachfrageimpuls aus dem privaten Konsumbereich seit einem vollen Jahrzehnt geprägt sein.



Die Grafik zeigt die Entwicklung der **Haushaltssparquote** seit 1988 und stellt ihre zyklischen Bewegungen deutlich dar. Im Zusammenhang mit der angekündigten Steuerreform 2016 ist ein Vergleich mit ähnlichen Ereignissen in der Vergangenheit von Interesse. Die letzte derartige Reform fällt in die Zeit der globalen Finanzkrise und ist atypisch. Die vorletzte Steuerreform fand in den Jahren 2004/2005 statt und wurde in ihrem zweiten Jahr voll wirksam. Eine Ausweitung der Realeinkommen von rund 4 % schlug sich in einem Konsumwachstum von 2.2 % nieder und dadurch in einer Erhöhung der Sparquote um 1.5 Prozentpunkte. Wie damals befindet sich die Haushaltssparquote derzeit in einer Aufbauphase. Das Muster ist diesmal etwas schwächer, qualitativ aber sehr ähnlich: das Realeinkommenswachstum von rund 3 % übertrifft die Konsumexpansion von 1.7 % deutlich, und die Sparquote erhöht sich um 1.1 Prozentpunkte.

Das relativ kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** wird oft gemeinsam mit dem privaten Konsum behandelt, hat sich aber in seiner Dynamik zuletzt vom Konsum der Haushalte getrennt und weist stärkere Zuwächse auf. In den beiden Prognosejahren wächst es real jeweils um 2.3 %.

Die geringe Nachfrage und die hohe Unsicherheit unter den Investoren in Österreich haben zu Jahresbeginn weiterhin die Sachkapitalbildung gedämpft. In saisonbereinigter Betrachtung sind die Anlageinvestitionen seit dem zweiten Quartal 2014 rückläufig. Die jüngste Entwicklung gibt aber Anlass zu Hoffnung auf ein Ende der Investitionszurückhaltung, denn im ersten Jahresviertel 2015 hat sich der Rückgang abgeschwächt.

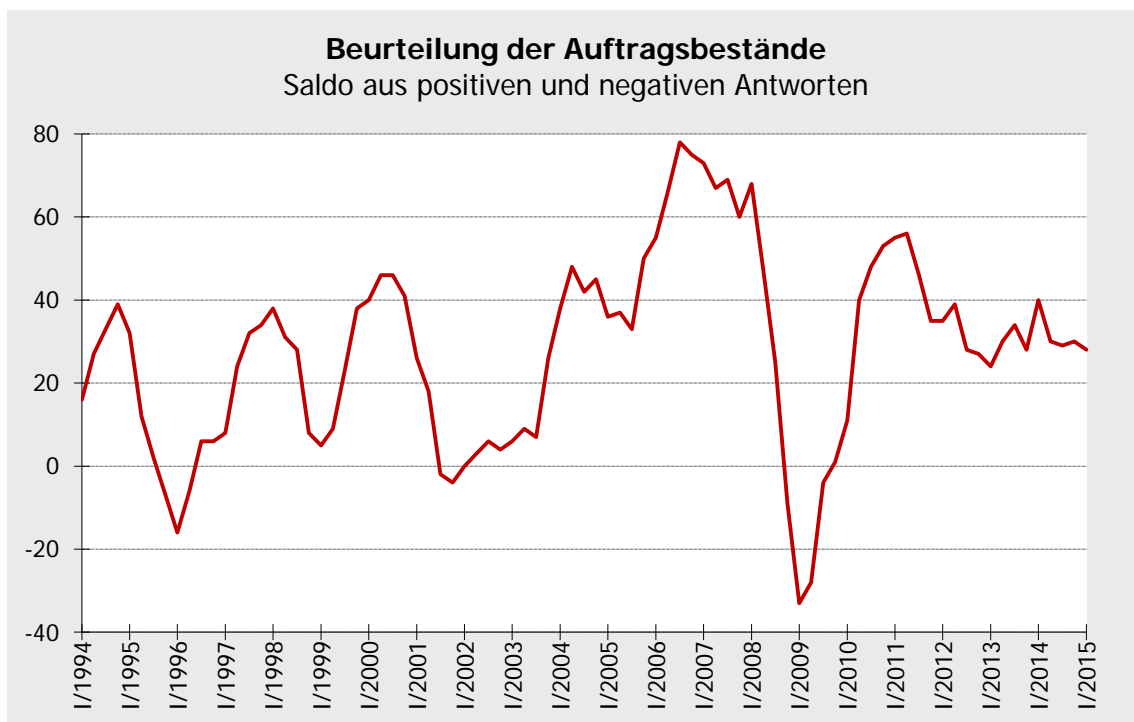
Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich Investitionen in sonstige Anlagen sowie in Forschung und Entwicklung) waren im ersten Quartal um 1.2 % niedriger als im Vorquartal bzw. um 2.6 % niedriger als ein Jahr zuvor. Im Vorjahresvergleich wurden vor allem die Käufe von Maschinen und Fahrzeugen eingeschränkt. Leicht positiv entwickelten sich die Investitionen in Computer und Software. Die Investitionsschwäche wurde wesentlich durch die fehlende Nachfrage und die damit einhergehende geringe Auslastung der Produktionskapazitäten verursacht. Darüber hinaus dürfte aber auch die hohe Unsicherheit im Zusammenhang mit geopolitischen Krisen sowie hinsichtlich der künftigen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik zu der Investitionszurückhaltung beigetragen haben. Die vorsichtige Investitionsplanung der Unternehmen spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung wider. Die Auftragsbestände werden nach wie vor skeptisch beurteilt. Die Einschätzung der künftigen Produktionstätigkeit hat sich zuletzt zwar erholt, ist aber dennoch nicht höher als vor einem Jahr.

Im Prognosezeitraum sollte sich die Sachkapitalbildung allmählich erholen. Im Euroraum dürfte sich die Konjunkturbelebung fortsetzen. Die Exporte profitieren auch noch von der zurückliegenden Euro-Abwertung. Im kommenden Jahr zieht mit der Umsetzung der Steuerreform auch die Inlandsnachfrage an. Damit werden die Unternehmen wohl zurückgestellte Investitionsvorhaben umsetzen. Gestützt wird die Investitionstätigkeit weiterhin von den äußerst günstigen Fremdfinanzierungsbedingungen. Auch verfügen die Unternehmen über beträchtliche Mittel zur Selbstfinanzierung der Sachkapitalbildung, und es gibt keine Anzeichen für eine nennenswerte angebotsseitige Kreditbeschränkung. Darüber hinaus kann die Steuerreform zu einer Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreich beitragen und somit das Unternehmerv Vertrauen stützen.

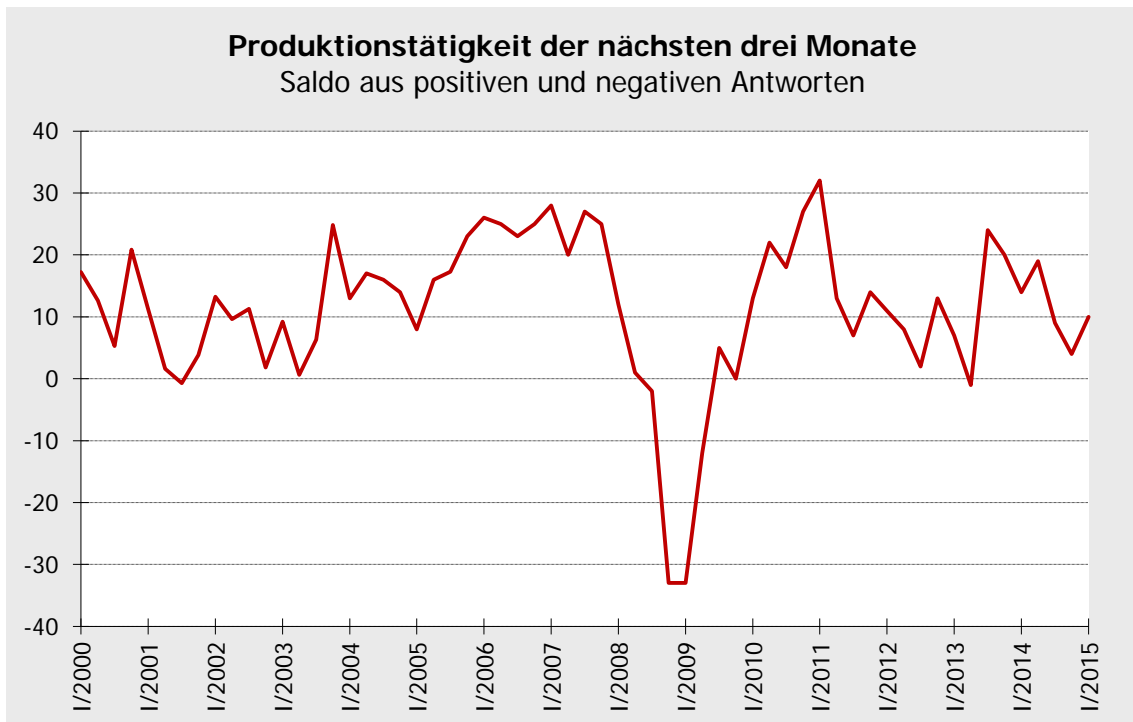
Wegen des Rückgangs zu Jahresbeginn werden die Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich sonstige Anlagen), trotz der erwarteten Belebung im Jahresverlauf, im Jahresdurchschnitt kaum

steigen. Das Institut geht gegenwärtig von einem leichten Anstieg um 0.3 % aus. Erst im Jahr 2016 wird die dann vierjährige Investitionsschwäche mit einem Wachstum von 2.8 % überwunden.

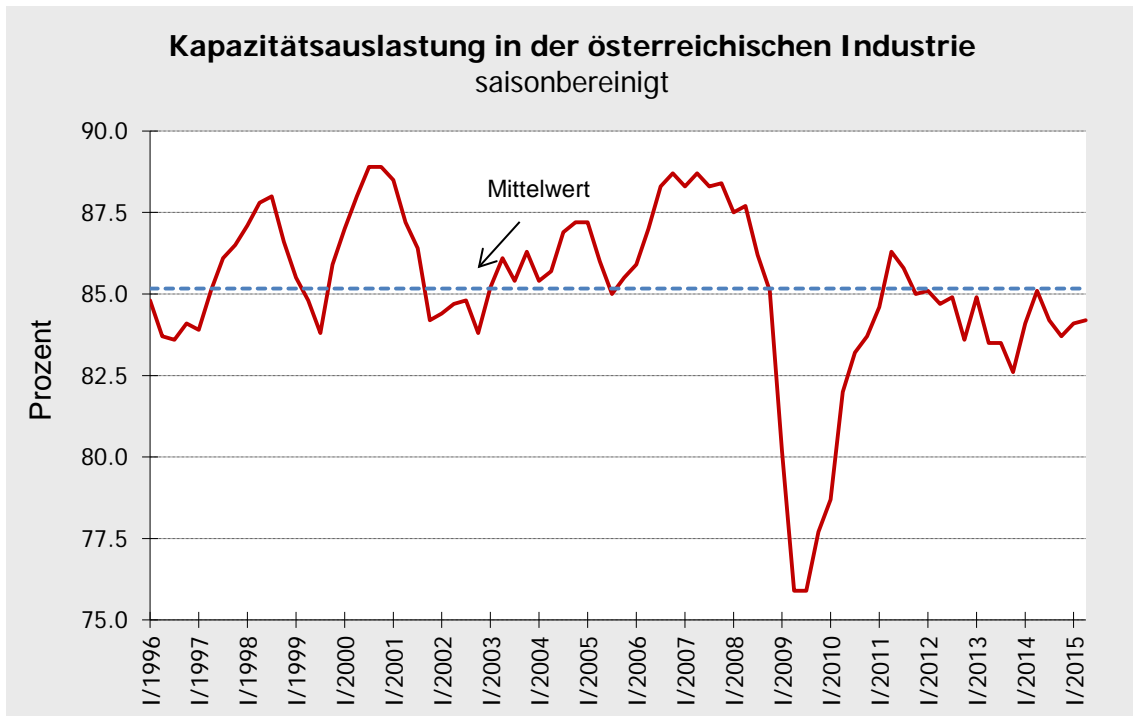
Die schwache internationale Nachfrage nach Investitionsgütern und der Rückgang wichtiger Rohstoffpreise dämpfen die Preisentwicklung bei Maschinen, Fahrzeugen und anderen Ausrüstungsgütern. Vor diesem Hintergrund bewegt sich der Anstieg des Deflators der Ausrüstungsinvestitionen in Österreich bereits seit Mitte 2013 nur zwischen 0.7 % und 0.9 %. Auch im ersten Quartal 2015 war der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen um 0.9 % höher als ein Jahr zuvor. Angesichts der sehr verhaltenen Investitionskonjunktur und stabiler Rohmaterialpreise erwartet das Institut, dass der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen auch im Jahresdurchschnitt um 0.9 % steigen wird. Vor dem Hintergrund der anziehenden Konjunktur im In- und Ausland wird für das kommende Jahr eine Steigerung um 1.3 % erwartet.



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Europäische Kommission



Um jahreszeitlich übliche Schwankungen bereinigt, sind die **realen Bauinvestitionen** in den vergangenen vier Quartalen gesunken, zuletzt aber kaum noch. Im Vergleich zum Vorjahresquartal hat sich im ersten Quartal 2015 der Rückgang bei den Wohnbauinvestitionen auf 5.2 % verstärkt, während die sonstigen Bauinvestitionen mit 2.4 % in etwa so stark wie zu Jahresende 2014 zurückgingen. Bei der Interpretation der Entwicklung im Vorjahresvergleich gilt es gleichwohl zu bedenken, dass im Vorjahr die Witterung die Bautätigkeit begünstigte, was in diesem Jahr nicht im gleichen Ausmaß der Fall war.

Die Einschätzung der Bauinvestitionen im Prognosezeitraum kann als verhalten positiv beurteilt werden. Die fortgesetzte Zuwanderung steigert den Wohnraumbedarf, vor allem im Großraum Wien. Zudem sind die Finanzierungskonditionen weiterhin äußerst anregend. Positive Wirkungen dürften auch von den geplanten zusätzlichen öffentlichen Ausgaben für die Wohnraumschaffung und den Ausbau der Siedlungs-Infrastruktur ausgehen. Die Bautätigkeit der privaten Haushalte wird auch durch die Stärkung des verfügbaren Einkommens im Rahmen der Steuerreform gestützt. Die Entwicklung der Baugenehmigungen lässt gleichwohl nur eine moderate Ausweitung der Wohnbauinvestitionen erwarten.

Mit der erwarteten Konjunkturbelebung und der Stärkung des Unternehmervertuens dürften auch die gewerblichen Bauinvestitionen im Prognosezeitraum anziehen. Die Tiefbauinvestitionen leiden zwar nach wie vor unter der angespannten Finanzlage vieler Gemeinden, aber zusätzliche öffentliche Investitionen im Rahmen der „Bauoffensive“ dürften dieses Bausegment stützen.

Wegen des deutlichen Rückgangs zu Jahresbeginn und der nur allmählichen Erholung im Jahresverlauf erwartet das Institut, dass die Bauinvestitionen im Durchschnitt des laufenden Jahres um 0.5 % sinken. Für das kommende Jahr wird eine Ausweitung um 1.3 % erwartet.

Im ersten Jahresviertel stiegen die Preise im Hochbau um 1.9 % und damit um rund einen halben Prozentpunkt schwächer als im Jahr 2014. Im Tiefbau gingen die Preise im ersten Quartal sogar um 0.3 % zurück, nachdem sie im Jahr 2014 um 0.4 % gestiegen waren. Insgesamt nahmen die Baupreise im Durchschnitt der ersten drei Monate 2015 um 0.9 % zu. Der Deflator der Bauinvestitionen stieg im selben Zeitraum um 1.3 %, was ebenfalls eine merkliche Abschwächung gegenüber dem Jahr 2014 bedeutet. Die niedrigeren Preise für wichtige Baumaterialien, vor allem jene, die auf Öl basieren, dämpfen gemeinsam mit der schwachen Baunachfrage im laufenden Jahr die Baupreisentwicklung. Mit der anziehenden Nachfrage und einem Ende des rückläufigen Trends bei den Rohstoffpreisen werden die Baupreise im kommenden Jahr wohl wieder stärker anziehen. Insgesamt dürfte der Preisindex der Bauinvestitionen heuer um 1.5 % und im kommenden Jahr um 1.8 % steigen.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen folgt, dass die **Bruttoanlageinvestitionen** im laufenden Jahr in etwa stagnieren und im Jahr 2016 um 2.0 % ausgeweitet werden. Damit wird sich die Investitionsquote bei knapp 22 % stabilisieren; Mitte der 1990er Jahre hatte sie noch knapp 26 % betragen. Nachdem die Lagerbestandsveränderungen in den vergangenen drei Jahren negativ auf das Wirtschaftswachstum gewirkt haben, sollten sie im Prognosezeitraum das Wachstum leicht stützen. Die gesamten **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) werden gemäß der vorliegenden Prognose im heurigen Jahr um 0.3 % und im kommenden Jahr um 2.7 % zulegen.

Die Entwicklung der Lage der **öffentlichen Haushalte** im laufenden Jahr ist durch die weiterhin notwendigen Konsolidierungsbemühungen vor dem Hintergrund der anhaltend schwachen Konjunktur geprägt. Zusätzlich fallen im Jahr 2015 noch Kosten für die Abwicklung der Hypo Alpe Adria AG durch die HETA Asset Resolution AG an, während die budgetäre Lage im Jahr 2016 stark durch die beschlossene Steuerreform beeinflusst wird. Im Gegensatz zum beschlossenen Entlastungsvolumen von 5.2 Mrd. Euro besteht hinsichtlich der Höhe und des Zeitpunkts der Einnahmen durch die Gegenfinanzierungsmaßnahmen beträchtliche Unsicherheit.

Für das laufende Jahr erwartet das Institut eine Maastricht-Defizitquote von 1.7 %. Der deutliche Rückgang des gesamtstaatlichen Defizits gegenüber dem Vorjahr ist hauptsächlich durch geringere Kosten für die Finanzmarktstabilisierung erklärbar. Es werden entsprechend dem fortgeschriebenen Stabilitätsprogramm Kosten in Höhe von 1.7 Mrd. Euro in der Prognose berücksichtigt. Aufgrund ihrer Eigenschaft als Einmalmaßnahmen haben diese Transfers keinen Einfluss auf den strukturellen Saldo, sind jedoch dem Budgetsaldo nach Maastricht zuzurechnen. Damit können die EU-Fiskalregeln im Jahr 2015 trotz des zu erwartenden deutlichen Ausgabenzuwachses in den Bereichen Arbeitslosenunterstützung, Pensionen und Gesundheit knapp eingehalten werden.

Für das Jahr 2016 sieht das Institut einen Anstieg des Maastricht-Defizits auf 2.0 %. Dieser Anstieg ist durch die beschlossene Steuerreform bedingt, welche nach derzeitigen Einschätzungen eine im Jahr 2016 noch nicht vollständig gegenfinanzierte Entlastung von 5.2 Mrd. Euro vorsieht. Das Kernstück der Steuerreform ist eine Abflachung des progressiven Tarifs der Lohn- und Einkommensteuer und die Ausweitung der Rückerstattung von Sozialversicherungsbeiträgen für Kleinverdiener. Gemeinsam werden diese beiden Maßnahmen mit einer Reduktion der Steuerlast von 4.9 Mrd. Euro in der Prognose berücksichtigt. Ebenfalls werden die Verdoppelung des Kinderfreibetrages und die Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung bereits voll im Jahr 2016 berücksichtigt. Im Gegensatz dazu werden nach Einschätzung des Instituts nicht die gesamten Maßnahmen zur Gegenfinanzierung der Steuerreform bereits im Jahr 2016 wirksam.

Die Bekämpfung von Steuer- und Sozialbetrug soll laut Ministerratsvorlage Mehreinnahmen von insgesamt 1.9 Mrd. Euro erbringen. Die größten Bereiche sind die Registrierkassenpflicht mit 900 Mio. Euro und die Bankauskünfte im Zusammenhang mit Abgabenprüfungen mit 700 Mio. Euro Mehreinnahmen. Beide Maßnahmen wirken jedoch nach Einschätzung des Instituts mit gewisser Zeitverzögerung, weshalb sie nur jeweils zur Hälfte bereits für 2016 berücksichtigt werden. Ähnlich verhält es sich mit den Strukturmaßnahmen im Steuerrecht, welche 900 Mio. Euro zur Gegenfinanzierung beitragen sollen. Die Verschiebung der Erhöhung der reduzierten Mehrwertsteuersätze auf April 2016 und die politischen Forderungen nach Nachbesserungen bei den vorgesehenen Maßnahmen lassen die Erreichung des vollen Potenzials bereits im Jahr 2016 als wenig realistisch erscheinen, weshalb die Wirkung dieser Maßnahmen ebenfalls nur zum Teil berücksichtigt wird. Weitere 400 Mio. Euro Mehreinnahmen, welche über Änderungen in der Besteuerung von Immobilienübertragungen und Kapitalerträgen sowie durch die außergewöhnliche Anhebung der Höchstbemessungsgrundlage der ASVG eingeplant sind, werden trotz gewisser Unsicherheit hinsichtlich des zeitlichen Horizonts voll berücksichtigt. Die 1.1 Mrd. Euro Einsparungen bei der Verwaltung und bei Förderungen sollen nach dem Schlüssel des Finanzausgleichs bei Bund, Ländern und Gemeinden erzielt werden. Dieses Ziel erscheint bei einem strikten Budgetvollzug möglich und die Einsparungen werden daher ebenfalls berücksichtigt. Die restlichen 850 Mill. Euro der Gegenfinanzierung sollen sich laut der Ministerratsvorlage durch gestiegene ökonomische Aktivität (insbesondere zu-

sätzlicher Konsum) selber finanzieren. Das Institut geht ebenfalls von einem positiven Selbstfinanzierungsbeitrag der Steuerreform aus, sieht diesen jedoch etwas geringer und zum Teil auch mit einer größeren zeitlichen Verzögerung. In Summe geht das Institut von einem kurzfristigen Anstieg des Maastricht-Defizits infolge der Steuerreform um bis zu 2 Mrd. Euro aus.

Damit besteht zusätzlich zu den in der Steuerreform geplanten Gegenfinanzierungsmaßnahmen beträchtlicher weiterer Konsolidierungsbedarf in der Größenordnung von zumindest  $\frac{1}{2}$  % des BIP, um das Ziel des strukturellen Nulldefizites im Jahr 2016 zu erreichen. Wesentliche Unsicherheiten bestehen hinsichtlich der Wirkung der geplanten Maßnahmen zur Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters und in den Bereichen Gesundheit und Pflege. Weitere Konsolidierungsanstrengungen der Regierung in diesen Bereichen sollten auch die subnationalen Gebietskörperschaften im Zuge der für 2016 geplanten Neuverhandlung des Finanzausgleiches miteinbeziehen.

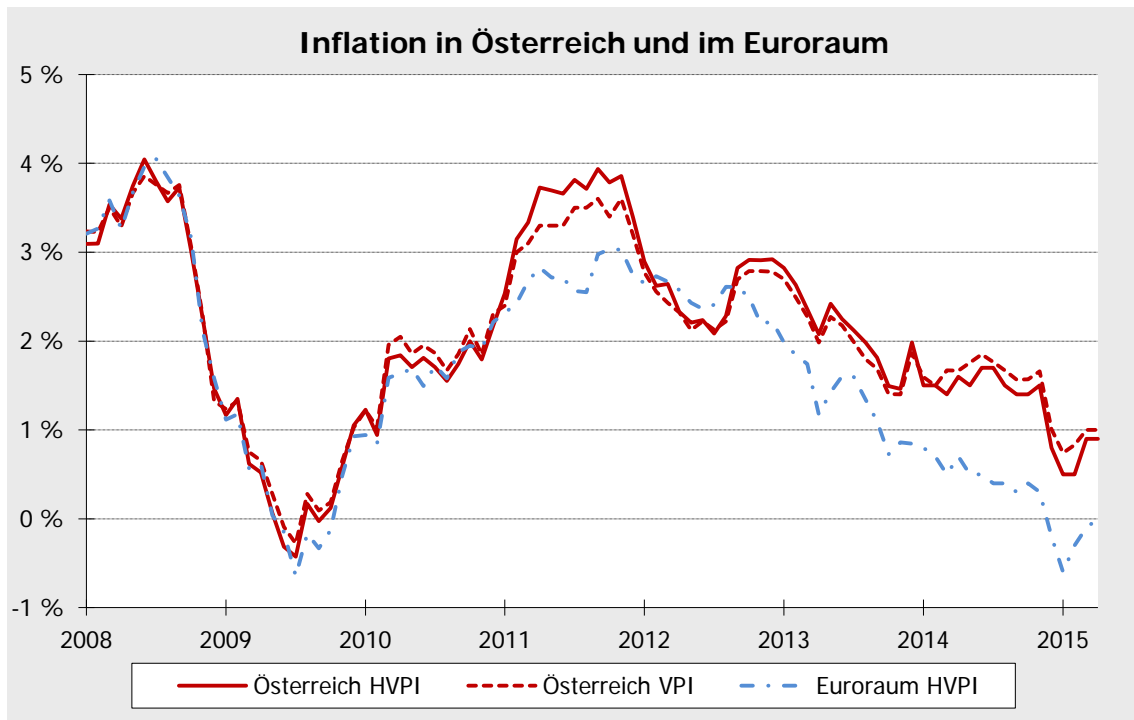
Kurzfristig sieht das Institut trotz der sich nur langsam erholenden Konjunktur aufgrund der Wirkung des bisherigen Aufschubs der Steuerreform und der damit verbundenen Wirkung der Kalten Progression ein robustes Wachstum der lohnabhängigen Abgaben. Bei den Produktionsabgaben hemmen jedoch die Unsicherheit und das nur langsam steigende Realeinkommen das Wachstum der Einnahmen. Wegen der schwachen Konjunktur im Jahr 2015 erwartet das Institut, insbesondere bei der Mehrwertsteuer und bei der Körperschaftsteuer, Einnahmeherausfälle im Vergleich zu der Planung im Budget. Diese konjunkturell bedingte Stabilisator-Wirkung des Steuersystems wird jedoch zu einem beträchtlichen Teil durch das weiterhin außerordentlich niedrige Zinsniveau kompensiert. Die Finanzierungskosten für den Staat gehen dadurch, trotz des steigenden Schuldenstands, deutlich zurück. Die Steuerreform 2016 sollte wesentlich zur Erholung des Konsums beitragen und einen stärkeren Anstieg der Einnahmen aus Konsumsteuern auslösen. Gemeinsam mit den weiterhin günstigen Finanzierungskosten für den Staat fällt damit das zusätzliche Defizit aufgrund der Lohn- und Einkommensteuerreduktion weniger hoch aus. Der reale öffentliche Konsum wird aufgrund der beschlossenen und notwendigen Einsparungsmaßnahmen nur um 0.5 % und 0.2 % wachsen und daher kaum einen Beitrag für das Realwachstum der österreichischen Volkswirtschaft liefern.

Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** stiegen im Jahresdurchschnitt 2014 um 1.9 %, während die Tariflöhne um 2.4 % zulegten. Die Lohndrift, also der Unterschied zwischen diesen beiden Werten, vergrößerte sich somit, was auf die schleppende Konjunkturerholung zurückzuführen ist. Die im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Lohnabschlüsse der letzten Lohnrunde machen sich in der aktuellen VGR-Quartalsrechnung bemerkbar. So sind im ersten Quartal die Effektivlöhne etwas schwächer gestiegen als zuvor (1.8 %), was parallel verläuft mit einem sich verlangsamenden Tariflohnwachstum (2.2 %). Für den weiteren Jahresverlauf erwartet das Institut eine unveränderte Dynamik, sodass sich eine Zunahme der Effektivverdienste von 1.8 % für den Jahresschnitt 2015 ergibt. Damit steigen die Reallöhne um 0.6 %. Für 2016 erwartet das Institut einen Anstieg der Effektivverdienste um 1.7 %. In realer Rechnung würde dies einen Rückgang der Bruttolöhne von 0.4 % implizieren. Hierbei ist aber die Steuerreform zu beachten. Während die Nettoeallöhne, also nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, heuer stagnieren, ergibt sich nächstes Jahr ein Zuwachs um 2.1 %. Dies unterstellt für die Lohnrunde, dass ein Teil der geringeren Besteuerung des Faktors Arbeit auf die Arbeitgeber überwälzt wird. Dies folgt der sozialpartnerschaftlichen Tradition einer beschäftigungsorientierten Lohnpolitik. Damit sollte sich

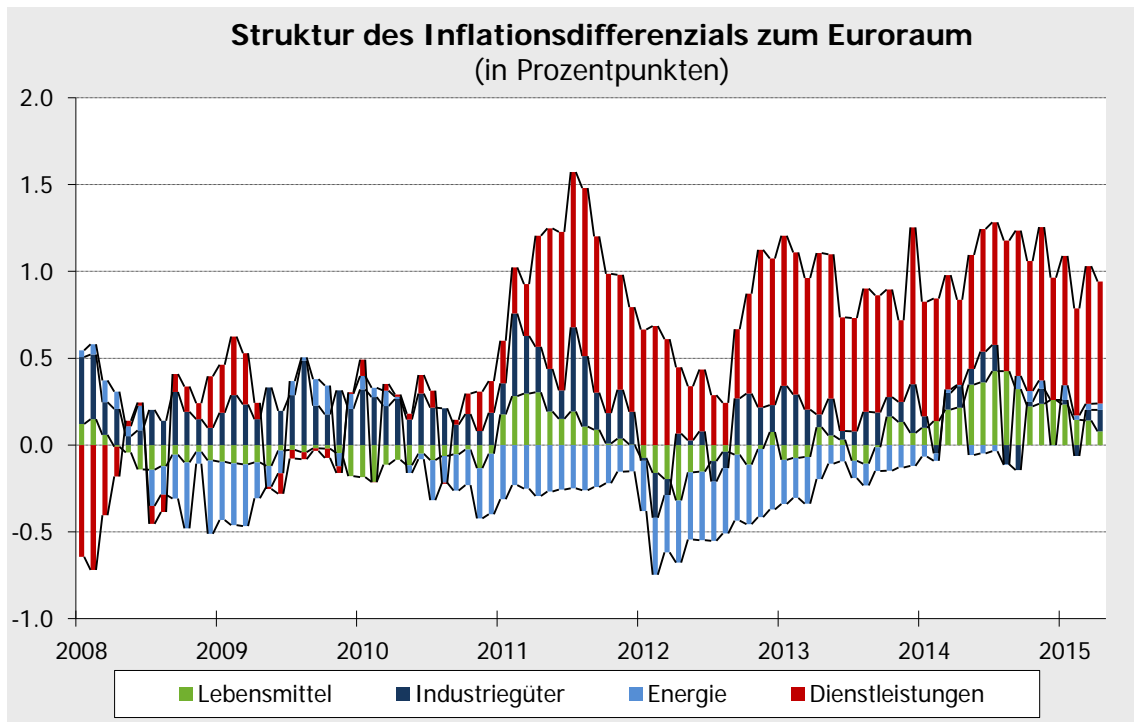
auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs wieder verbessern, die in den letzten Jahren unter den geringen Produktivitätszuwächsen gelitten hat.

Der Anstieg der **Verbraucherpreise** laut VPI belief sich im Jahr 2014 auf 1.7 %. Erst die überraschende Ankündigung der OPEC Ende November, die Ölfördermengen nicht zu drosseln, drückte die Inflationsrate im Dezember auf 1.0 %. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres erfolgte ein weiterer Rückgang auf 0.7 % bzw. 0.8 %. Im März und April zog die Teuerungsrate dann wieder leicht auf 1.0 % an. Für das Jahr 2015 geht das Institut von einem Ölpreis von durchschnittlich 62 US-Dollar aus, der weiterhin deutlich unter dem Preisniveau von 110 US-Dollar aus dem Juni 2014 verweilen wird. Der Euro-Dollar-Wechselkurs wird im Durchschnitt des Jahres 2015 bei 1.11 Dollar je Euro liegen. Die Euro-Abwertung dämpft einerseits die Auswirkungen des Ölpreisverfalls, verteuert aber andererseits die Rohstoffimporte, die in ihrer Wirkung auf die Inflationsrate aber weit weniger ins Gewicht fallen als der gesunkene Ölpreis. Im weiteren Jahresverlauf wird der Preisdruck nur leicht anziehen, sodass für den Jahresdurchschnitt 2015 eine Inflationsrate von 1.2 % erwartet wird. Auch im nächsten Jahr wird sich der Inflationsdruck weiter leicht erhöhen. Von den Lohnstückkosten geht kein besonderer Preisdruck aus. Hingegen wirkt der auslaufende Basiseffekt des Energiepreisverfalls preistreibend. Die konjunkturelle Erholung und die geplante Mehrwertsteuererhöhung von 10 % auf 13 % in ausgewählten Bereichen wie zum Beispiel Beherbergung und kulturelle Dienstleistungen werden sich auch in der Inflationsrate bemerkbar machen. Eine Detailrechnung hat ergeben, dass sich die Umsatzsteuererhöhung mit +0.2 Prozentpunkten auf die Inflationsrate niederschlagen wird. Dies schließt auch mögliche Preiserhöhungen im Zuge der Einführung der Registrierkassen mit ein. Alles in allem geht das Institut somit von einer Inflationsrate von 2.0 % im Jahr 2016 aus.

Getrieben von Preisanpassungsprozessen in den Peripherieländern des Euroraums sank die Inflation laut HVPI im Euroraum kontinuierlich über das ganze Jahr 2014. Der Ölpreisschock drückte die Teuerungsrate dann zum Jahreswechsel in den negativen Bereich mit dem niedrigsten Wert von -0.6 % im Jänner 2015. Seitdem steigt die Inflationsrate wieder leicht an und wies im Mai (laut Eurostat-Schnellschätzung) von 0.3 % erstmals wieder einen positiven Wert auf. Der hohe Inflationsunterschied Österreichs zum Durchschnitt des Euroraums von knapp einem Prozentpunkt (April 2015) wird weiterhin stark getrieben durch die hohen Inflationsbeiträge aus dem Bereich der Dienstleistungen, wobei ein nicht unerheblicher Teil von der Kategorie „Restaurants, Cafés und dergleichen“ herrührt. Allerdings muss angemerkt werden, dass neben dem Dienstleistungsbereich auch alle anderen Bereiche (also Lebensmittel, Konsumgüter und Energie) zwar nur geringfügig, aber ebenfalls positiv zum Inflationsdifferenzial beitragen.



Quelle: Statistik Austria



Quelle: Eurostat

Die schwache Konjunktur und das kräftig steigende Arbeitskräfteangebot sind nach wie vor die dominanten Faktoren am Arbeitsmarkt. Im Prognosezeitraum wird die **Beschäftigung** zwar merklich zulegen, dies reicht aber nicht aus, um das weiter wachsende Arbeitskräfteangebot aufzunehmen. Die Arbeitslosenquote klettert laut Prognose in diesem Jahr auf 9.1 %. Gestützt von der sich verfestigenden Konjunktur sollte sich die Arbeitsmarktlage im nächsten Jahr stabilisieren.

Seit Jahresbeginn legt die Beschäftigung um durchschnittlich knapp  $\frac{3}{4}$  % zu. So stieg im Mai die Aktiv-Beschäftigung um 28,000 Personen bzw. 0.8 % an. Hierbei nahm die Beschäftigung von Frauen etwas schneller als die der Männer zu. In sektoraler Sicht erhöhte sich die Beschäftigung im Jahresvergleich nur im Dienstleistungssektor (30,600), hingegen verzeichneten die Sachgüterproduktion (-3.600) und der Bau (-1,200) Beschäftigungsrückgänge. Diese Verschiebungen in der Beschäftigtenstruktur bedingen einen steigenden Teilzeit-Anteil. Die Daten reflektieren die schwache Entwicklung in der Industrie, so verzeichneten der Branchen Maschinen- und Fahrzeugbau (-3,400), Holz/Papier (-1,100) sowie Herstellung von Glaswaren/Möbel/sonstige Waren (-1,000) markante Beschäftigungsverluste. Rückläufig war die Beschäftigung auch bei den besonders konjunktur-reagiblen Leiharbeitsfirmen (-1,300). Weiterhin kräftig expandiert hingegen die Beschäftigung im öffentlichen Sektor im weiteren Sinn (14,900 davon 6,600 im Gesundheitswesen).

In den kommenden Monaten sollte das Tempo der Beschäftigungsdynamik gleich bleiben. Die Zahl der offenen Stellen stagniert. Die stärkere Konjunkturdynamik im weiteren Jahresverlauf wird erst mit Verzögerung am Arbeitsmarkt wirksam und die Unternehmen werden die verbesserte Konjunktur dazu nutzen, die Arbeitsproduktivität wieder zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut weiterhin ein Beschäftigungswachstum von 0.8 % im Jahresdurchschnitt 2015. Nächstes Jahr könnte sich die Arbeitskräftenachfrage konjunkturbedingt um 1.1 % erhöhen.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiterhin äußerst kräftig. So lag im Mai die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** um knapp 40,000 Personen bzw. 13.6 % über dem Vorjahresniveau. Bei Berücksichtigung des Rückgangs der Schulungstätigkeit (-14,000) beläuft sich der Anstieg immer noch auf 6.9 %. Seit März steigt die Arbeitslosigkeit bei den Männern wieder schneller als bei den Frauen. Ausländische Arbeitskräfte sind überdurchschnittlich von der steigenden Arbeitslosigkeit betroffen. In sektoraler Hinsicht erhöhte sich die Arbeitslosenzahl weiterhin besonders stark im Dienstleistungsbereich. Während die Zahl der Erwerbslosen in den wirtschaftsnahen, öffentlichen und sonstigen Dienstleistungen (11,100 bzw. 15.3 %; 6,400 bzw. 17.0 %; 2,100 bzw. 17.8 %) äußerst kräftig anstieg, betrug der Zuwachs in der Sachgüterproduktion nur 2,900 Personen bzw. 9.0 %). Die Arbeitslosigkeit bei den Arbeitskräfteüberlassern erhöhte sich im Jahresabstand um 4,500 Personen bzw. 14.0 %. Am Bau legte die Arbeitslosigkeit um 3,000 Personen bzw. 13.7 % zu.

### Arbeitsmarktentwicklung 2015

	Jänner bis Mai (Vorjahresveränderung)	Relativ
Beschäftigte	22,394	0.6 %
Männer	8,968	0.5 %
Frauen	13,426	0.8 %
Aktiv-Beschäftigte *	24,606	0.7 %
Primärer Sektor	1,311	0.2 %
Sachgüterproduktion	-2,930	-0.5 %
Bau	-2,385	-1.0 %
Dienstleistungssektor	28,593	1.1 %
Arbeitslose	40,437	12.3 %
Männer	25,799	13.1 %
Frauen	14,638	11.0 %
Schulungsteilnehmer	-14,555	-17.8 %

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

\* ohne Kindergeldbezieherinnen und Präsenzdienler mit aufrechter Beschäftigungsverhältnis

Im Jahresverlauf sollte sich die Zunahme der Arbeitslosenzahl etwas verlangsamen. Aufgrund der Zuwanderung und der gesteigerten Erwerbsbeteiligung der Älteren wird das Arbeitsangebot aber weiterhin steigen. Gegeben die Beschäftigungsentwicklung erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2015 nunmehr einen Anstieg der Arbeitslosenzahl um knapp 33,000 Personen. Im nächsten Jahr sollten die konjunkturbedingte Beschleunigung der Beschäftigungsdynamik und der etwas geringere Zuzug dazu führen, dass die Arbeitslosenzahl nur noch marginal ansteigt. Es ist aber zu bemerken, dass hierbei ein deutliches Prognoserisiko besteht. So könnten etwa eine höhere Arbeitsproduktivität, Hysterese-Effekte bei den Arbeitslosen oder ein neuerliches Anziehen der Zuwanderung zu merklich höherer Arbeitslosigkeit führen.

Laut Prognose wird die Arbeitslosenquote (gemäß nationaler Definition) im Jahresdurchschnitt 2015 9.1 % betragen. 2016 könnte die Arbeitslosenquote auf diesem Niveau verharren. Für die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Berechnungsmethode wird für beide Prognosejahre ein Wert von 5.8 % erwartet. Hierbei ist zu beachten, dass im März die Quote von Statistik Austria rückwirkend seit Jahresbeginn 2004 nach oben revidiert wurde. Der Vergleichswert für den Jahresdurchschnitt 2014 beträgt jetzt 5.6 % (nicht 5.0 %, wie noch in der März-Prognose ausgewiesen).

Die steigenden Arbeitslosenzahlen haben die Arbeitsmarktproblematik wieder stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Unzweifelhaft geht ein Teil der zunehmenden Arbeitslosigkeit auf konjunkturelle Effekte sowie das deutlich höhere Arbeitskräfteangebot zurück. Es besteht aber auch struktureller Anpassungsbedarf am österreichischen Arbeitsmarkt. Der Einsatz von zusätzlichen Mitteln zur Bekämpfung der steigenden Langzeitarbeitslosigkeit (Aus- und Weiterbildung, Umschulungen) sollte angedacht werden. Die Umschichtung der Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik von Kurzkursen ohne Qualifizierungskomponente hin zu längeren Schulungen bzw. Eingliederungsbeihilfen für Ältere ist vor dem Hintergrund der derzeitigen Problemlage am Arbeitsmarkt durchaus adä-



quat. Allerdings sollte beim Mix der arbeitsmarktpolitischen Instrumente hohe Flexibilität bestehen. Eine zu starke budgetäre Bindung auf ein Instrument bzw. eine Zielgruppe kann einem effizienten Mitteleinsatz entgegenstehen.

Die Steuerreform bringt eine Entlastung des Faktors Arbeit mit sich und stärkt zweifellos die Arbeitsanreize. Notwendig erscheinen aber auch Maßnahmen bei den Lohnnebenkosten, die die Arbeitskräftenachfrage stärken könnten. Die starke Zuwanderung war sicherlich mit ein Grund für die steigende Arbeitslosigkeit. Allerdings ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung eine Erhöhung des Arbeitskräftepotenzials, die sowohl über Zuwanderung als auch höhere bzw. längere Erwerbsbeteiligung erfolgen muss, positiv zu bewerten. Das deutlich zunehmende Arbeitslosigkeitsrisiko von Personen mit Migrationshintergrund legt aber nahe, dass Integrationsmaßnahmen mit starkem Arbeitsmarktbezug verstärkt angeboten werden sollten. Trotz der aktuellen Probleme ist eine stärkere präventive Komponente bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erforderlich („Lebenslanges Lernen“, betriebliche Gesundheitsförderung, frühkindliche Förderung, Bildungsreform).



## 5. Monetäre Prognose

Die Leitzinsen im Euroraum liegen unverändert auf historisch niedrigen Niveaus. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte beträgt 0.05 % und liegt damit praktisch bei Null. Der Zinssatz für die Einlagefazilität liegt bei -0.20 %, Banken müssen also dafür bezahlen, wenn sie Geld (neben der Mindestreserve) bei der EZB anlegen. In der Schweiz liegt das gesamte Zielband für den Dreimonats-Libor weiterhin im negativen Bereich (-1.25 % bis -0.25%). Auch in anderen wichtigen Wirtschaftsräumen blieben die Leitzinsen im laufenden Quartal unverändert. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, liegt weiterhin merklich unter der Zielmarke der EZB von knapp 2 %. Im Februar kam allerdings der rückläufige Trend zu einem Halt und im Mai wurde erstmals seit sechs Monaten wieder eine positive Inflationsrate verzeichnet. Im März, April und Mai belief sich die Inflation im Euroraum auf -0.1 %, 0.0 % bzw. 0.3 %. Im Prognoseraum erwartet das Institut keinen Zinsschritt der EZB. Für Österreich bleibt die Geldpolitik weiterhin deutlich expansiv ausgerichtet.

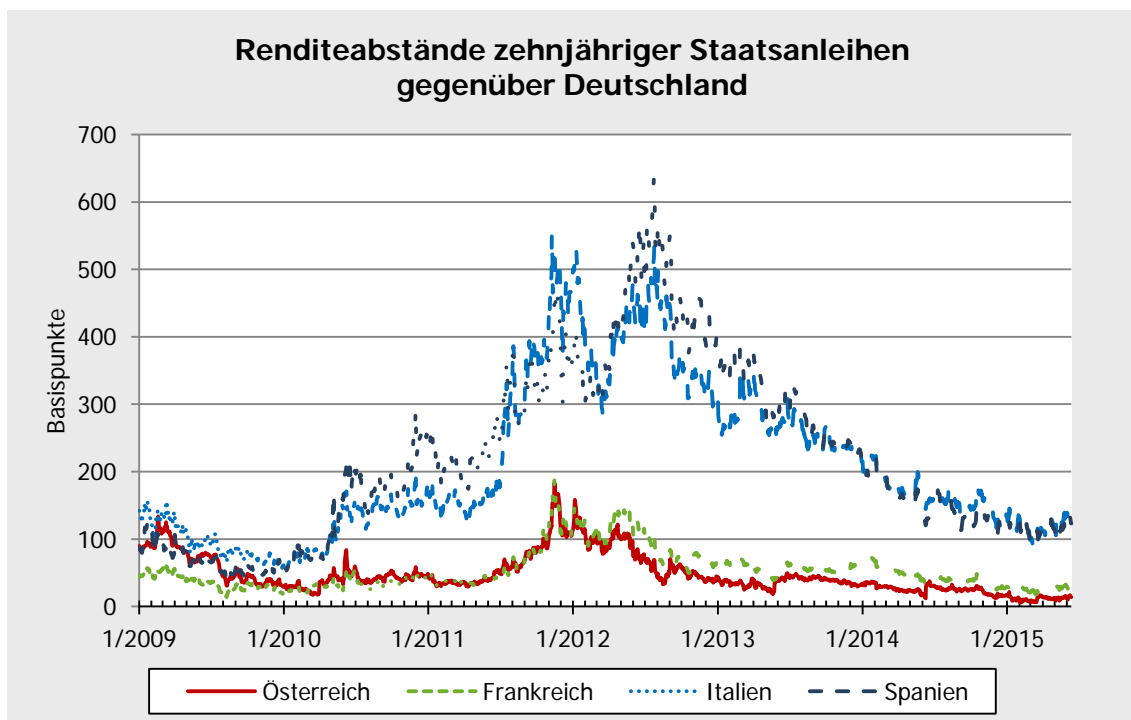
Leitzinsen	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2012	0.75	0 – 0.25	0.5	0 – 0.25	0.1
Ende 2013	0.25	0 – 0.25	0.5	0 – 0.25	0.1
Ende 2014	0.05	0 – 0.25	0.5	-0.75 – 0.25	0.1
15.6.2015	0.05	0 – 0.25	0.5	-1.25 – -0.25	0.1

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

Die EZB hat bekräftigt, ihre derzeitigen Programme zum Ankauf von Vermögenspapieren (*Quantitative Easing*) im Ausmaß von rund 60 Mrd. Euro pro Monat bis September 2016 weiterführen zu wollen oder doch zumindest so lange, bis eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung eintritt. Die Geldmarktzinsen sind in den vergangenen Monaten leicht zurückgegangen, wobei die 3-Monats-Zinsen mittlerweile sogar im marginal negativen Bereich notieren. Im Durchschnitt betrug der 3-Monats-Euribor im zweiten Quartal des laufenden Jahres 0.0 %. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut weitgehend konstante Geldmarktzinsen. Die Prognose für den jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribor in den Jahren 2015 und 2016 beträgt 0.0 % bzw. 0.1 %.

Die Renditen von Staatsanleihen sind zunächst, auch in Reaktion auf die geldpolitischen Programme der EZB, weiter zurückgegangen, bis dann in vielen Ländern des Euroraums offensichtlich im April ein Renditetiefpunkt erreicht wurde. Österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren beispielsweise erreichten ihre jeweiligen Tiefstände in der zweiten Aprilhälfte mit Werten von rund 0.2 % (Österreich) bzw. 0.1 % (Deutschland) und weisen seitdem einen steigenden Trend auf. Diese Entwicklung wird hauptsächlich mit positiveren Konjunkturaussichten und der sich offensichtlich langsam normalisierenden Inflationsentwicklung erklärt. Im Juni wiesen die entsprechenden Papiere in Österreich und Deutschland schon wieder deutlich höhere Renditen auf (1.0 % bzw. 0.8 %). Im Durchschnitt des zweiten Quartals rentierten österreichische bzw. deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren zu 0.7 % bzw. 0.5 %. Dies bedeutet in beiden Fällen einen Anstieg um rund 20 Basispunkte im Vergleich zum Vorquartal. Im Vergleich zum Vorjahresquartal liegen die Renditen um rund 100 bzw. 90 Basispunkte unter den Vorjahresniveaus.

Nach wie vor gelten deutsche Bundesanleihen als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere groß hält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraumländer höhere Renditen aufweisen. Bis vor einigen Monaten sind die Spreads (Renditeabstände) zu Deutschland im Euroraum noch weitläufig zurückgegangen, seit April scheinen allerdings die Unsicherheiten bezüglich solider Staatsfinanzen in einigen europäischen Ländern wieder zu wachsen, was sich in steigenden Spreads widerspiegelt. Die gilt beispielsweise für Italien und Spanien (siehe auch untenstehende Grafik). Die Situation in Griechenland bleibt angespannt, die Renditeabstände zu Deutschland sind nach wie vor sehr hoch. Das Institut rechnet weiterhin damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraum-Ländern in der Prognoseperiode nur leicht ansteigt. Für 2015 und 2016 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 0.9 % bzw. 1.2 % prognostiziert.



Quelle: Thomson Reuters Datastream

Bezogen auf Quartalsdurchschnittswerte hat der Euro gegenüber dem US-Dollar im zweiten Quartal des laufenden Jahres weiterhin etwas an Wert verloren. Im Quartalsdurchschnitt betrug der Wechselkurs 1.10 USD/EUR, was einer Abwertung um rund 2 % gegenüber dem Vorquartal bzw. rund 20 % gegenüber dem Vorjahresquartal entspricht. Für 2015 und 2016 wird ein durchschnittlicher Jahreskurs von 1.11 USD/EUR bzw. 1.10 USD/EUR erwartet.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2015 und 2016 fällt wie folgt aus. Die Sichteinlagen sollten um 8.8 % bzw. 6.5 % steigen. Die Termineinlagen dürften um 6.0 % bzw. 2.1 % expandieren. Für die Spareinlagen prognostiziert das Institut ein Wachstum um 0.1 % bzw. 1.5 %. Das Kreditvolumen sollte 2015 und 2016 um 0.3 % bzw. 0.6 % ausgeweitet werden.

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	288.779 -3.8%	294.208 1.9%	303.244 3.1%	305.924 0.9%	306.622 0.2%	307.544 0.3%	309.747 0.7%	315.261 1.8%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	286.188 -2.0%	294.208 2.8%	308.675 4.9%	317.213 2.8%	322.595 1.7%	328.886 2.0%	336.473 2.3%	348.968 3.7%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	99.103 1.9%	100.000 0.9%	101.791 1.8%	103.690 1.9%	105.209 1.5%	106.939 1.6%	108.628 1.6%	110.692 1.9%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2010=100)	98.174 0.5%	100.000 1.9%	103.300 3.3%	105.800 2.4%	107.900 2.0%	109.700 1.7%	111.016 1.2%	113.237 2.0%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	42.116 2.4%	42.609 1.2%	43.433 1.9%	44.617 2.7%	45.620 2.2%	46.479 1.9%	47.292 1.8%	48.096 1.7%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3234.487 -1.5%	3260.013 0.8%	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3442.854 0.8%	3480.725 1.1%
ARBEITLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7.232 1.338	6.945 -0.287	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.618 0.623	8.354 0.736	9.111 0.757	9.108 -0.003

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
PRIVATER KONSUM	156.555 0.6%	158.866 1.5%	159.984 0.7%	160.970 0.6%	160.744 -0.1%	160.989 0.2%	162.204 0.8%	164.994 1.7%
ÖFFENTLICHER KONSUM	59.776 2.5%	60.048 0.5%	60.097 0.1%	60.323 0.4%	60.729 0.7%	61.285 0.9%	61.591 0.5%	61.745 0.2%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	65.114 -7.3%	63.541 -2.4%	67.890 6.8%	68.217 0.5%	67.203 -1.5%	67.471 0.4%	67.399 -0.1%	68.770 2.0%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	1.005 0.3	2.545 0.9	4.759 1.6	4.367 1.4	2.350 0.8	1.457 0.5	1.757 0.6	2.257 0.7
INLANDSNACHFRAGE	282.385 -1.8%	284.940 0.9%	293.115 2.9%	294.795 0.6%	292.735 -0.7%	294.530 0.6%	296.282 0.6%	301.105 1.6%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	6.568 2.3	9.268 3.2	10.129 3.3	11.112 3.6	13.834 4.5	13.020 4.2	13.465 4.3	14.156 4.5
BIP ZU MARKTPREISEN	288.779 -3.8%	294.208 1.9%	303.244 3.1%	305.924 0.9%	306.622 0.2%	307.544 0.3%	309.747 0.7%	315.261 1.8%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
PRIVATER KONSUM	0.298	0.800	0.380	0.325	-0.074	0.080	0.395	0.901
ÖFFENTLICHER KONSUM	0.479	0.094	0.017	0.075	0.133	0.181	0.100	0.050
BRUTTOINVESTITIONEN	-2.554	-0.024	2.113	-0.119	-1.036	-0.089	0.075	0.608
ANLAGEINVESTITIONEN	-1.716	-0.545	1.478	0.108	-0.332	0.088	-0.024	0.443
LAGERVERÄNDERUNGEN	-0.770	0.533	0.752	-0.129	-0.659	-0.291	0.098	0.161
EXPORTE I.W.S.	-7.777	5.865	3.335	0.688	0.744	0.948	1.571	2.784
WAREN	-6.523	5.734	2.786	0.409	0.147	0.678	1.185	2.221
Dienstleistungen	-1.244	0.150	0.549	0.278	0.587	0.268	0.388	0.581
IMPORTE I.W.S.	5.718	-4.929	-3.042	-0.364	0.146	-1.213	-1.426	-2.561
WAREN	4.722	-4.590	-2.543	0.087	0.519	-0.771	-1.063	-2.070
Dienstleistungen	0.981	-0.362	-0.499	-0.457	-0.377	-0.437	-0.360	-0.499
BRUTTOINLANDSPRODUKT	-3.799	1.880	3.071	0.884	0.228	0.301	0.716	1.780

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
HAUSHALTSSPARQUOTE	11.3	9.4	7.8	9.0	7.3	7.5	7.8	8.9
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0.7	-1.8	-1.6	1.2	-1.8	0.2	0.3	1.1
INVESTITIONSQUOTE	22.5	21.6	22.6	22.6	22.2	22.1	21.9	21.8
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0.9	-0.9	1.0	0.0	-0.4	-0.1	-0.3	0.0
REALZINSSATZ	2.02	2.25	1.49	0.42	0.52	-0.16	-0.69	-0.67
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0.41	0.24	-0.77	-1.06	0.10	-0.69	-0.52	0.02
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	107.71	109.53	113.42	116.34	118.80	120.54	121.87	124.30
	0.4%	1.7%	3.6%	2.6%	2.1%	1.5%	1.1%	2.0%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	42.861	42.609	42.016	42.157	42.164	42.240	42.511	42.345
	2.0%	-0.6%	-1.4%	0.3%	0.0%	0.2%	0.6%	-0.4%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	8.928	9.025	9.125	9.077	9.040	9.004	8.997	9.057
	-2.4%	1.1%	1.1%	-0.5%	-0.4%	-0.4%	-0.1%	0.7%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	111.844	111.941	112.856	116.546	119.644	122.385	124.631	125.902
	4.9%	0.1%	0.8%	3.3%	2.7%	2.3%	1.8%	1.0%
ARBEITSLÖSENQUOTE EU DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	5.3	4.8	4.6	4.9	5.4	5.6	5.8	5.8
	1.0	-0.5	-0.2	0.3	0.5	0.2	0.2	0.0
BUDGETSALDO MAASTRICHT IN PROZENT DES BIP	-5.3	-4.5	-2.6	-2.2	-1.3	-2.4	-1.7	-2.0
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-3.9	0.9	1.9	0.4	0.9	-1.1	0.7	-0.3

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	148.510 0.9%	153.449 3.3%	159.840 4.2%	164.491 2.9%	167.862 2.0%	170.851 1.8%	173.939 1.8%	180.611 3.8%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	5.382 5.5%	5.416 0.6%	5.483 1.2%	5.801 5.8%	5.954 2.6%	6.224 4.5%	6.492 4.3%	6.787 4.6%
ÖFFENTLICHER KONSUM	58.890 5.2%	60.048 2.0%	61.050 1.7%	62.783 2.8%	63.965 1.9%	65.404 2.3%	66.553 1.8%	67.720 1.8%
BRUTTOINVESTITIONEN	65.379 -8.7%	66.433 1.6%	74.809 12.6%	76.251 1.9%	73.670 -3.4%	74.133 0.6%	75.215 1.5%	78.324 4.1%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	32.723 -5.9%	32.579 -0.4%	36.822 13.0%	37.416 1.6%	37.497 0.2%	38.046 1.5%	38.484 1.2%	40.037 4.0%
BAUINVESTITIONEN	31.619 -5.5%	30.962 -2.1%	32.834 6.0%	34.118 3.9%	34.064 -0.2%	34.715 1.9%	35.060 1.0%	36.119 3.0%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0.513 -0.337	-0.407 0.107	-0.282 0.125	-0.156 0.126	-0.311 -0.155	0.117 0.428	0.119 0.002	0.122 0.002
INLANDSNACHFRAGE	277.647 -0.7%	284.940 2.6%	300.900 5.6%	309.170 2.7%	311.140 0.6%	316.729 1.8%	322.318 1.8%	333.563 3.5%
EXPORTE I.W.S.	128.487 -17.2%	149.148 16.1%	165.646 11.1%	169.997 2.6%	172.479 1.5%	176.370 2.3%	183.570 4.1%	195.965 6.8%
IMPORTE I.W.S.	119.945 -16.1%	139.879 16.6%	157.871 12.9%	161.954 2.6%	161.024 -0.6%	164.213 2.0%	169.414 3.2%	180.560 6.6%
BIP ZU MARKTPREISEN	286.188 -2.0%	294.208 2.8%	308.675 4.9%	317.213 2.8%	322.595 1.7%	328.886 2.0%	336.473 2.3%	348.968 3.7%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	151.137 0.5%	153.449 1.5%	154.626 0.8%	155.425 0.5%	155.145 -0.2%	155.268 0.1%	156.355 0.7%	159.013 1.7%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	5.417 2.7%	5.416 0.0%	5.358 -1.1%	5.547 3.5%	5.601 1.0%	5.726 2.2%	5.855 2.3%	5.987 2.3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	59.776 2.5%	60.048 0.5%	60.097 0.1%	60.323 0.4%	60.729 0.7%	61.285 0.9%	61.591 0.5%	61.745 0.3%
BRUTTOINVESTITIONEN	66.503 -10.3%	66.433 -0.1%	72.648 9.4%	72.287 -0.5%	69.118 -4.4%	68.846 -0.4%	69.078 0.3%	70.963 2.7%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	32.826 -6.6%	32.579 -0.8%	36.129 10.9%	36.067 -0.2%	35.770 -0.8%	36.016 0.7%	36.106 0.3%	37.099 2.8%
BAUINVESTITIONEN	32.299 -8.1%	30.962 -4.1%	31.761 2.6%	32.147 1.2%	31.435 -2.2%	31.461 0.1%	31.303 -0.5%	31.695 1.3%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0.622 0.110	-0.407 0.216	0.386 0.792	1.231 0.845	2.195 0.965	3.400 1.204	3.403 0.003	3.398 -0.005
INLANDSNACHFRAGE	282.385 -1.8%	284.940 0.9%	293.115 2.9%	294.795 0.6%	292.735 -0.7%	294.530 0.6%	296.282 0.6%	301.105 1.6%
EXPORTE I.W.S.	132.212 -15.0%	149.148 12.8%	158.960 6.6%	161.046 1.3%	163.322 1.4%	166.227 1.8%	171.060 2.9%	179.684 5.0%
IMPORTE I.W.S.	125.644 -12.0%	139.879 11.3%	148.831 6.4%	149.934 0.7%	149.488 -0.3%	153.208 2.5%	157.594 2.9%	165.528 5.0%
BIP ZU MARKTPREISEN	288.779 -3.8%	294.208 1.9%	303.244 3.1%	305.924 0.9%	306.622 0.2%	307.544 0.3%	309.747 0.7%	315.261 1.8%



TAB. 4: PREISINDIZES (2010 = 100)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	98.262 0.4%	100.000 1.8%	103.372 3.4%	105.833 2.4%	108.197 2.2%	110.036 1.7%	111.247 1.1%	113.583 2.1%
ÖFFENTLICHER KONSUM	98.517 2.6%	100.000 1.5%	101.586 1.6%	104.077 2.5%	105.329 1.2%	106.721 1.3%	108.055 1.3%	109.676 1.5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	98.814 1.7%	100.000 1.2%	102.602 2.6%	104.863 2.2%	106.486 1.5%	107.840 1.3%	109.118 1.2%	110.740 1.5%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	99.686 0.7%	100.000 0.3%	101.921 1.9%	103.742 1.8%	104.829 1.0%	105.635 0.8%	106.585 0.9%	107.918 1.3%
BAUINVESTITIONEN	97.896 2.8%	100.000 2.1%	103.378 3.4%	106.131 2.7%	108.365 2.1%	110.346 1.8%	112.001 1.5%	113.961 1.8%
INLANDSNACHFRAGE	98.322 1.1%	100.000 1.7%	102.656 2.7%	104.876 2.2%	106.287 1.3%	107.537 1.2%	108.788 1.2%	110.780 1.8%
EXPORTE I.W.S.	97.182 -2.6%	100.000 2.9%	104.206 4.2%	105.558 1.3%	105.607 0.0%	106.101 0.5%	107.313 1.1%	109.061 1.6%
IMPORTE I.W.S.	95.464 -4.6%	100.000 4.8%	106.074 6.1%	108.017 1.8%	107.717 -0.3%	107.183 -0.5%	107.500 0.3%	109.082 1.5%
BIP ZU MARKTPREISEN	99.103 1.9%	100.000 0.9%	101.791 1.8%	103.690 1.9%	105.209 1.5%	106.939 1.6%	108.628 1.6%	110.692 1.9%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
WARENEXPORTE	89.997 -20.0%	109.498 21.7%	122.326 11.7%	124.660 1.9%	123.899 -0.6%	125.518 1.3%	129.930 3.5%	138.789 6.8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	26.256 -11.8%	27.238 3.7%	30.390 11.6%	31.892 4.9%	34.817 9.2%	36.920 6.0%	39.359 6.6%	42.463 7.9%
REISEVERKEHR	12.234 -5.5%	12.413 1.5%	12.929 4.2%	13.445 4.0%	13.763 2.4%	13.932 1.2%	14.281 2.5%	14.712 3.0%
EXPORTE I.W.S.	128.487 -17.2%	149.148 16.1%	165.646 11.1%	169.997 2.6%	172.479 1.5%	176.370 2.3%	183.570 4.1%	195.965 6.8%
WARENIMPORTE	92.561 -17.8%	110.882 19.8%	125.961 13.6%	127.822 1.5%	124.631 -2.5%	125.091 0.4%	127.889 2.2%	136.083 6.4%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	20.694 -13.3%	22.320 7.9%	25.234 13.1%	27.471 8.9%	29.845 8.6%	32.277 8.1%	34.492 6.9%	37.212 7.9%
REISEVERKEHR	6.690 3.4%	6.678 -0.2%	6.675 0.0%	6.661 -0.2%	6.548 -1.7%	6.845 4.5%	7.034 2.8%	7.264 3.3%
IMPORTE I.W.S.	119.945 -16.1%	139.879 16.6%	157.871 12.9%	161.954 2.6%	161.024 -0.6%	164.213 2.0%	169.414 3.2%	180.560 6.6%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
WARENEXPORTE	92.938 -17.4%	109.498 17.8%	117.695 7.5%	118.935 1.1%	119.384 0.4%	121.463 1.7%	125.106 3.0%	131.987 5.5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	26.818 -9.9%	27.238 1.6%	28.899 6.1%	29.637 2.6%	31.411 6.0%	32.345 3.0%	33.477 3.5%	35.151 5.0%
REISEVERKEHR	12.401 -6.0%	12.413 0.1%	12.366 -0.4%	12.470 0.8%	12.491 0.2%	12.378 -0.9%	12.440 0.5%	12.565 1.0%
EXPORTE I.W.S.	132.212 -15.0%	149.148 12.8%	158.960 6.6%	161.046 1.3%	163.322 1.4%	166.227 1.8%	171.060 2.9%	179.684 5.0%
WARENIMPORTE	97.627 -12.7%	110.882 13.6%	118.364 6.7%	118.101 -0.2%	116.514 -1.3%	118.879 2.0%	122.148 2.8%	128.561 5.3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	21.153 -12.7%	22.320 5.5%	24.119 8.1%	25.651 6.3%	27.064 5.5%	28.302 4.6%	29.364 3.8%	30.832 5.0%
REISEVERKEHR	6.800 2.0%	6.678 -1.8%	6.347 -4.9%	6.203 -2.3%	5.944 -4.2%	6.045 1.7%	6.090 0.8%	6.167 1.3%
IMPORTE I.W.S.	125.644 -12.0%	139.879 11.3%	148.831 6.4%	149.934 0.7%	149.488 -0.3%	153.208 2.5%	157.594 2.9%	165.528 5.0%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2010 = 100)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
WARENEXPORTE	96.835 -3.1%	100.000 3.3%	103.935 3.9%	104.813 0.8%	103.782 -1.0%	103.339 -0.4%	103.855 0.5%	105.153 1.3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	97.905 -2.1%	100.000 2.1%	105.163 5.2%	107.611 2.3%	110.842 3.0%	114.145 3.0%	117.570 3.0%	120.803 2.8%
REISEVERKEHR	98.656 0.4%	100.000 1.4%	104.550 4.5%	107.813 3.1%	110.187 2.2%	112.546 2.1%	114.797 2.0%	117.093 2.0%
EXPORTE I.W.S.	97.182 -2.6%	100.000 2.9%	104.206 4.2%	105.558 1.3%	105.607 0.0%	106.101 0.5%	107.313 1.1%	109.061 1.6%
WARENIMPORTE	94.811 -5.9%	100.000 5.5%	106.418 6.4%	108.231 1.7%	106.966 -1.2%	105.226 -1.6%	104.699 -0.5%	105.851 1.1%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	97.831 -0.7%	100.000 2.2%	104.624 4.6%	107.098 2.4%	110.276 3.0%	114.043 3.4%	117.464 3.0%	120.694 2.8%
REISEVERKEHR	98.384 1.3%	100.000 1.6%	105.170 5.2%	107.379 2.1%	110.170 2.6%	113.228 2.8%	115.493 2.0%	117.803 2.0%
IMPORTE I.W.S.	95.464 -4.6%	100.000 4.8%	106.074 6.1%	108.017 1.8%	107.717 -0.3%	107.183 -0.5%	107.500 0.3%	109.082 1.5%
TERMS OF TRADE, GESAMT	101.800 2.2%	100.000 -1.8%	98.239 -1.8%	97.724 -0.5%	98.041 0.3%	98.991 1.0%	99.826 0.8%	99.981 0.2%
TERMS OF TRADE, GÜTER	102.135 2.9%	100.000 -2.1%	97.667 -2.3%	96.843 -0.8%	97.023 0.2%	98.207 1.2%	99.194 1.0%	99.341 0.1%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
IMPORTQUOTE, GESAMT	41.911	47.544	51.145	51.055	49.915	49.930	50.350	51.741
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-7.059	5.633	3.600	-0.089	-1.140	0.015	0.420	1.391
IMPORTQUOTE, GÜTER	32.343	37.688	40.807	40.295	38.634	38.035	38.009	38.996
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-6.232	5.345	3.119	-0.512	-1.661	-0.599	-0.026	0.987
EXPORTQUOTE, GESAMT	44.896	50.695	53.663	53.591	53.466	53.626	54.557	56.156
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-8.259	5.799	2.969	-0.073	-0.125	0.160	0.931	1.599
EXPORTQUOTE, GÜTER	31.447	37.218	39.629	39.299	38.407	38.165	38.615	39.771
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-7.072	5.771	2.412	-0.331	-0.892	-0.242	0.451	1.156

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)  
(BESCHÄFTIGTE VOR 2008 RÜCKVERKETTET)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5395.091 0.2%	5406.324 0.2%	5427.239 0.4%	5447.026 0.4%	5472.657 0.5%	5501.072 0.5%	5523.049 0.4%	5538.729 0.3%
ERWERBSQUOTE	74.830 0.0%	75.066 0.3%	75.957 1.2%	76.792 1.1%	77.361 0.7%	77.991 0.8%	78.825 1.1%	79.480 0.8%
ERWERBSPERSONEN	4037.160 0.2%	4058.320 0.5%	4122.350 1.6%	4182.897 1.5%	4233.703 1.2%	4290.335 1.3%	4353.566 1.5%	4402.163 1.1%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3556.715 0.1%	3558.877 0.1%	3582.861 0.7%	3598.964 0.4%	3610.208 0.3%	3620.719 0.3%	3642.098 0.6%	3656.901 0.4%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	480.445 1.1%	499.443 4.0%	539.489 8.0%	583.933 8.2%	623.495 6.8%	669.616 7.4%	711.467 6.3%	745.262 4.8%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	437.800 2.2%	447.300 2.2%	453.900 1.5%	456.800 0.6%	463.500 1.5%	467.579 0.9%	471.086 0.8%	478.152 1.5%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3599.360 0.0%	3611.020 0.3%	3668.450 1.6%	3726.097 1.6%	3770.203 1.2%	3822.757 1.4%	3882.480 1.6%	3924.011 1.1%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3234.487 -1.5%	3260.013 0.8%	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3442.854 0.8%	3480.725 1.1%
K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	104.563 -1.0%	100.225 -4.1%	98.423 -1.8%	94.974 -3.5%	91.290 -3.9%	87.871 -3.7%	85.894 -2.3%	85.894 0.0%
ARBEITSLOSE	260.309 22.6%	250.782 -3.7%	246.702 -1.6%	260.643 5.7%	287.207 10.2%	319.357 11.2%	353.733 10.8%	357.392 1.0%
ARBEITSLIQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7.232 1.338	6.945 -0.287	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.618 0.623	8.354 0.736	9.111 0.757	9.108 -0.003

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	136.224 0.9%	138.905 2.0%	144.343 3.9%	150.379 4.2%	154.729 2.9%	158.750 2.6%	162.820 2.6%	167.410 2.8%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	114.784 -5.8%	119.036 3.7%	125.696 5.6%	126.486 0.6%	126.789 0.2%	128.292 1.2%	130.888 2.0%	136.442 4.2%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	35.180 0.2%	36.267 3.1%	38.636 6.5%	40.348 4.4%	41.077 1.8%	41.844 1.9%	42.764 2.2%	45.116 5.5%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	286.188 -2.0%	294.208 2.8%	308.675 4.9%	317.213 2.8%	322.595 1.7%	328.886 2.0%	336.473 2.3%	348.968 3.7%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	0.308 -91.0%	2.607 745.2%	1.364 -47.7%	2.941 115.7%	-0.305 -110.4%	-0.230 -24.7%	-0.235 2.0%	-0.239 2.0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	50.416 3.2%	51.546 2.2%	53.725 4.2%	55.953 4.1%	57.631 3.0%	59.360 3.0%	61.259 3.2%	63.220 3.2%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	236.081 -4.2%	245.268 3.9%	256.314 4.5%	264.202 3.1%	264.658 0.2%	269.296 1.8%	274.979 2.1%	285.510 3.8%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-2.690 16.6%	-2.803 4.2%	-2.674 -4.6%	-2.871 7.4%	-3.657 27.4%	-3.390 -7.3%	-3.458 2.0%	-3.527 2.0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	233.391 -4.4%	242.465 3.9%	253.640 4.6%	261.330 3.0%	261.002 -0.1%	265.906 1.9%	271.521 2.1%	281.983 3.9%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
SICHTEINLAGEN	79.801 15.3%	87.993 10.3%	90.120 2.4%	102.909 14.2%	112.936 9.7%	115.758 2.5%	125.945 8.8%	134.131 6.5%
TERMINEINLAGEN INKLUSIVE AUFGENOMMENE GELDER	37.546 -16.3%	33.804 -10.0%	36.232 7.2%	32.003 -11.7%	29.651 -7.3%	34.620 16.8%	36.697 6.0%	37.468 2.1%
SPAREINLAGEN	158.129 5.3%	156.950 -0.7%	156.367 -0.4%	157.452 0.7%	153.321 -2.6%	149.938 -2.2%	150.088 0.1%	152.339 1.5%
KREDITVOLUMEN	303.099 2.0%	307.780 1.5%	314.156 2.1%	319.543 1.7%	316.700 -0.9%	316.682 0.0%	317.632 0.3%	319.538 0.6%
EURIBOR 3M <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1.23 -3.40	0.81 -0.42	1.39 0.58	0.57 -0.82	0.22 -0.35	0.21 -0.01	0.01 -0.20	0.12 0.11
ÖST. BENCHMARKRENDITE 10J <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	3.92 -0.33	3.16 -0.76	3.28 0.12	2.29 -0.99	1.99 -0.30	1.48 -0.51	0.89 -0.59	1.23 0.34



TAB. 12: WECHSELKURSE

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
USD/EUR	1.394 -5.2%	1.327 -4.8%	1.392 4.9%	1.286 -7.6%	1.328 3.3%	1.329 0.0%	1.108 -16.6%	1.104 -0.4%
GBP/EUR	0.892 11.9%	0.858 -3.8%	0.868 1.2%	0.811 -6.6%	0.849 4.7%	0.806 -5.0%	0.73 -9.5%	0.722 -1.1%
YEN/EUR	130.330 -14.5%	116.445 -10.7%	110.985 -4.7%	102.669 -7.5%	129.539 26.2%	140.413 8.4%	136.772 -2.6%	138.283 1.1%
CHF/EUR	1.510 -4.9%	1.382 -8.5%	1.234 -10.7%	1.205 -2.4%	1.231 2.1%	1.215 -1.3%	1.051 -13.5%	1.042 -0.9%

---

Autoren: Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian Koch,  
Robert M. Kunst, Simon Loretz, Michael Reiter, Edith Skriner, Klaus Weyerstraß

Titel: **Prognose der österreichischen Wirtschaft 2015 – 2016: Steuerreform stärkt privaten Konsum**

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast **87**

Redaktion: Isabella Andrej

© 2015 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>

---